

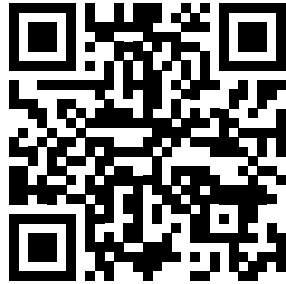
Wohin führen die Alternativen der **AfD**?

Ein Faktencheck





Sie wollen mehr dieser
Broschüren verteilen?
Hier bekommen Sie
Druckexemplare.



Die „**Top 10 Argumente**“
auf einer Seite
bekommen Sie hier als
Download.

Inhalt

- 4 | Vorwort Thomas Rachel MdB
- 6 | Menschenbild und Menschenwürde
- 14 | Kirchenkritik
- 22 | Religionsfreiheit und Religionspolitik
- 32 | Staat und Demokratie
- 36 | Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- 40 | Finanz- und Sozialpolitik
- 44 | Europäische Union
- 48 | Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
- 52 | Verantwortung für die Schöpfung: Nachhaltige
Nutzung und Bewahrung
- 56 | Fußnoten
- 59 | Verzeichnis der Abkürzungen

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

Druck: Union Betriebs-GmbH, Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Egermannstraße 2 | 53359 Rheinbach | ubg365.de

Stand: Juli 2026

Wohin führen die Alternativen der AfD?

Ein Faktencheck



Wir erleben **schwierige Zeiten** und die **Spaltung durch die radikalen Ränder** in unserer Gesellschaft hat massiv zugenommen. **Die AfD, die nicht ohne Grund immer wieder im Fokus des Verfassungsschutzes steht, zeigt immer unverhohlene ihr menschenverachtendes und völkisch-nationalistisches Gesicht.** Sowohl dieser Umstand als auch Besorgnis erregende Umfragen haben dazu geführt, dass wir beschlossen haben, eine aktualisierte Neuauflage unseres erfolgreichen **Faktenchecks zur AfD „Wohin führen die Alternativen der AfD?“ aus dem Jahre 2016** herauszugeben.

Noch vor zehn Jahren war dieser EAK-Faktencheck eine **Pionierarbeit**, denn hier wurden die zahlreichen befremdlichen und abseitigen Positionierungen der AfD **nüchtern, sachlich, kritisch und faktenbasiert analysiert.**

Damals war noch nicht abzusehen, welche weitere Entwicklung diese neue Protestpartei genau nehmen würde und auch nicht, in welch rasantem Tempo die Übernahme der Partei durch den völkisch-nationalistischen bzw. rechtsradikalen Flügel um „**Höcke & Co.**“ vonstattengehen würde. Dies führte unter anderem dazu, dass es die AfD leider in ihrer Anfangszeit zunehmend erfolgreich schaffte, auch in bürgerlich-konservativen Wählergruppen und sogar in Teilen der kirchlichen Mitgliedschaft auf Stimmenfang zu gehen und geschickt zu camouflieren, wie unhaltbar und inkompatibel ihre politischen Anschauungen schon

seinerzeit mit dem Geist klassisch bürgerlich-konservativer, liberaler oder eben auch christlich fundierter Werte waren.

Wer wollte, konnte aber schon damals erkennen, dass die **AfD ein Zerrbild unserer seit 1949 bewährten und stabilen repräsentativen, parlamentarischen Demokratie** zeichnete, eben **keine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes** betrieb, dass sie **Überfremdungsängste schürte** und die **Gesellschaft spaltete**. Mit ihrem re-nationalistischen Denken gefährdet sie auch heute nicht nur das europäische Einigungsprojekt sowie die wirtschaftliche Stabilität und Zukunft Deutschlands, sondern auch die ureigensten außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Ziele und Interessen Deutschlands.

Die AfD, die sich als **völkisch-nationalistische sowie in Teilen sogar rechtsradikal ausgerichtete Partei** präsentiert, macht nicht nur **keinerlei tragfähige Lösungsangebote für eine verantwortliche und vernünftige Politik**. Ihre Positionierung ist vielmehr eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Mit einem am christlichen Glauben orientierten politischen Werteverständnis ist die AfD erst recht unvereinbar.

Ausdrücklich möchte ich meinem gesamten EAK-Bundesvorstand und unserer EAK-Grundsatzkommission danken, ohne die diese Neuauflage nicht möglich gewesen wäre, im Besonderen den beiden Vorsitzenden der EAK-Grundsatzkommission, Prof. Dr. Merbach und Dr. Michael Franz, sowie unserem EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner.

Jeder politisch Interessierte wird mit dieser Broschüre des EAK in die Lage versetzt, sich auf der Basis der klaren Fakten selbst ein Bild vom Charakter und den politischen Absichten der AfD zu machen.

Möge dies zur weiteren Aufklärung als auch zu besonnenen und gewissenhaften Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger beitragen!

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Juli 2026

Menschenbild und Menschenwürde

- Die AfD vertritt ein völkisch-nationalistisches Welt- und Menschenbild. Dieses äußert sich immer wieder in einer menschenverachtenden und diskriminierenden Sprache der Herabwürdigung, der Spaltung und des Hasses. Wer sich des Weiteren regelmäßig aus dem Reservoir von Sprache und Symbolik der NS-Diktatur bedient, spielt nicht nur mit dem Feuer, sondern zeigt, wes Geistes Kind er ist.
- Auf der Basis einer ordentlichen und noch an Schrift und Bekenntnis gebundenen Theologie kann solches nur als unchristlich bewertet und verworfen werden.
- Rechtspopulismus und christlicher Glaube sind unvereinbar.

Zitat AfD >>

„Wir sind keine christliche Partei. Wir sind eine deutsche Partei, die sich bemüht, deutsche Interessen wahrzunehmen.“

(Alexander Gauland, Interview in Die ZEIT vom 25.05.2016 / <https://www.zeit.de/2016/23/leipzig-afd-katholikentag-streitgesprach>)

Fakt ist >>

Die rechtspopulistische AfD betreibt nicht nur keine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, wie bereits in unserem EAK-Faktencheck auf der Basis der damaligen Quellenlage von 2016 klar erkennbar geworden ist¹, sondern sie ist – aufgrund ihrer innerhalb des letzten Jahrzehnts vollzogenen, fortschreitenden Radikalisierung und Wandlung zu einer in Teilen als „gesichert rechtsextrem“ eingestuften Partei – mittlerweile auch immer deutlicher von einem „ethnisch-biologistisch und völkischen“ Menschen- bzw. „Weltbild“² geprägt. Eben dieses fatale völkisch-nationalistische Bild vom Menschen kann theologisch nur als unchristlich bewertet werden. Insbesondere dann, wenn man auch auf die regelmäßig zu vernehmende menschenverachtende Sprache der Herabwürdigung, der Spaltung und des Hasses von Seiten ihrer prominenten Vertreter und Rädelsführer blickt.

Es überrascht insofern keineswegs, dass der Bezug aufs Christliche in den entsprechenden Programmen, Verlautbarungen und Äußerungen der AfD nur allenfalls in Spurenelementen zu finden ist. Im AfD-Grundsatzprogramm von 2016, „Programm für Deutschland“ (PfD), taucht er beispielsweise lediglich an vier Stellen auf. In allen diesen Fällen wird der Begriff des „Christlichen“ nur als abstrakt-floskelhaftes Schlagwort verwendet, ohne jede tiefere Begründung oder inhaltliche Ausführung. So heißt es beispielsweise: „Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten“³. Es wird an anderer Stelle von der „religiösen Überlieferung des Christentums“ als einer Quelle der „deutschen (sic!)

Zitat AfD >>

„Ich möchte wissen, wenn mich in der Nachbarschaft ein Neger anküsst oder anhustet, dann muss ich wissen, ist er krank oder ist er nicht krank.“

*(AfD-Kandidat Andreas Winhart aus Bayern in einer Wahlkampf-
rede aus dem Jahr 2018. AfD-Mann warnt vor „Neger“-Krank-
heiten – seine Quelle widerspricht | [https://www.stern.de/politik/
deutschland/afd-mann-warnt-vor-neger-krankheiten---seine-quelle-
widerspricht-8397196.html](https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-mann-warnt-vor-neger-krankheiten---seine-quelle-widerspricht-8397196.html)*

Leitkultur“⁴ gesprochen. Und nur wenn es schließlich um die pauschal-diskriminierende Abgrenzung gegenüber dem Islam als solchem geht, der für die AfD als probates Feindbild zur gezielten Befeuerung von Hass und Hetze sowie von Überfremdungs- und Untergangängsten in der Bevölkerung dient⁵, werden plötzlich sogar die „jüdisch-christlichen (...) Grundlagen unserer Kultur“⁶ bemüht, obwohl doch gerade der Antisemitismus in den einschlägigen rechtsextremen Kreisen dieser Partei augenfällig ist⁷.

Dies alles zeigt, dass das sogenannte „Christliche“ in der AfD letztlich nur für die parteipolitische Agenda zur Kaschierung ihres rechtspopulistischen Kulturkampfes funktionalisiert und missbraucht wird. Mit den immer noch aktuellen und treffenden Worten des früheren berlin-brandenburgischen Landesbischofs, Dr. Markus Dröge, gesprochen: „Ein christliches Menschenbild wird nicht geboten, anders als bei den C-Parteien. Auch die Funktionäre der Bewegung argumentieren nicht theologisch, wenn sie formulieren, was sie für christlich halten (...). Diese Funktionalisierung des christlichen Glaubens für eine aggressiv rechtspopulistische Politik muss die Kritik der Kirchen in besonderer Weise herausfordern.“⁸

Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch den „Christen in der AfD“ (ChrAfD), einer interkonfessionellen Kleinstgruppe⁹, gemäß den eigenen Worten ihrer ersten Bundessprecherin allenfalls eine „Feigenblattfunktion“¹⁰ zukommt. Anette Schultner, eine der wesentlichen Initiatoren der ChrAfD, gab als Begründung für ihren Parteiaustritt aus der AfD im Jahre 2017 an: „Der Grund für meinen Austritt liegt in der Radikalisierung der AfD“¹¹.

Die heute noch in der ChrAfD verbliebenen Mitglieder, die sich ihrem Selbstverständnis nach als bekennende Christen verstehen¹², müssen sich also die Frage

Zitat AfD >>

„Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte.“

*(Alexander Gauland in seiner Rede vor dem
Bundeskongress der mittlerweile aufgelösten
„Jungen Alternative“ am 2. Juni 2018 in Seebach.
[https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-
als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219](https://www.dw.com/de/gauland-bezeichnet-ns-zeit-als-vogelschiss-in-der-geschichte/a-44054219))*

gefallen lassen, wie sie dann die völlig unvereinbaren Gegensätze von menschenverachtendem und ausgrenzendem Rechtspopulismus auf der einen und dem christlichen Glauben auf der anderen Seite noch zusammenbringen wollen. Aus Sicht der beiden großen Kirchen jedenfalls, aus Sicht eines biblisch bezeugten Bildes vom Menschen und einer an die Barmer Theologische Erklärung vom 29.–31. Mai 1934 anknüpfenden Bekenntnistradition – mithin also aus Sicht einer schrift- und bekenntnistreuen Theologie – dürfte dies wohl kaum überzeugend gelingen können. Denn der Rechtspopulismus, der bereits in sich „latent menschenfeindlich“ ist, „kann sich nicht auf den christlichen Glauben berufen. Deshalb sind Christen besonders herausgefordert, den Missbrauch des Glaubens zu entlarven.“¹³

Sucht man bei der AfD nach einem Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Men-

schen, die für Christen zugleich die Grundlage für die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Ethnie, Religion, Vernunft oder Sprache bildet, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, trifft man in den AfD-Programmen bei dieser Frage weithin auf Leerstellen.

Zitat AfD >>

*„Ich sage diesen linken
Gesinnungsterroristen,
diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir
kommen, dann wird aufgeräumt, dann
wird ausgemistet...“*

*(Markus Frohnmaier auf einer Kundgebung in
Erfurt im Jahre 2015. [https://www.deutschland-
funk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kom-
men-wird-aufgeraemt-100.html](https://www.deutschland-funk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraemt-100.html))*

Zitat AfD >>

„Von der Existenz unterschiedlicher, voneinander getrennter Völker als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft (...) geht zunächst einmal der christliche Schöpfergott der Bibel als dessen Schöpfung aus.“

(Offener Brief des Vorstandes der Christen in der AfD e.V./ChrAfD an die Deutsche Bischofskonferenz vom 29.04.2026 zur Erklärung der deutschen Bischöfe „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ vom 22.02.2024, <https://chrafd.de/index.php/364-offener-brief-dbk-zu-erklaerung-feb24> (zuletzt abgerufen: 23.06.2026 ¹⁴))

Umso aufschlussreicher sind auch hier die plakativen Slogans, mit denen die Partei meint, Wähler für sich gewinnen zu können. Regelmäßig bedienen die Aussagen auf den Wahlplakaten ein populistisches „Wir-gegen-Die“-Narrativ. Als besonders verabscheuungswürdig ist z.B. ein rassistisches Motto aus dem Bundestagswahlkampf 2017 in Erinnerung geblieben: „Neue Deutsche? Machen wir selber.“ Illustriert wurde dieses Motto dabei mit dem Bild einer erkennbar schwangeren – weißen – Frau! Zu einem weiteren handfesten Eklat kam es, als Plakate mit diesem Slogan daraufhin sogar an der Zufahrtsstraße zum ehemaligen NS-Konzentrationslager Bergen-Belsen angebracht worden waren¹⁵.

Die Reihe der von der AfD produzierten rassistischen, menschenverachtenden oder bewusst an NS-Propaganda angelehnten Schlagzeilen sind weder mit der Unantastbarkeit der Würde des Menschen nach Artikel 1 des Grundgesetzes noch mit den aus dem christlichen Menschenbild abgeleiteten Prinzipien der christlichen Soziallehre von Personalität, Solidarität und Subsidiarität vereinbar. Ein weiteres gravierendes Beispiel für das völkisch-nationalistische Welt- und Menschenbild ist das folgende Zitat aus dem Offenen Brief des Vorstandes der Christen in der AfD an die Deutsche Bischofskonferenz: „Von der Existenz unterschiedlicher, voneinander getrennter Völker als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft (...)“

Zitat AfD >>

„Ich werde nie sagen, dass jeder der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war.“

(Maximilian Krah in einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Repubblica“ in 2024. Abrufbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/eklat-um-ss-auesse-rungen-von-maximilian-krah-le-pen-bricht-mit-der-afd>)

Zitat AfD >>

„Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration.“

(Alice Weidel auf dem AfD-Parteitag in Riesa vom 11. und 12. Januar 2025. Abrufbar unter <https://www1.wdr.de/politik/wahlen/bundestagswahl/remigration-rechte-praegung-sprache-gefahren-polarisierung-100.html>)

geht zunächst einmal der christliche Schöpfergott der Bibel als dessen Schöpfung aus.“ Diese Äußerung der ChrAfD ist eine geradezu blasphemische Verzerrung des biblischen Zeugnisses vom dreieinigen Schöpfergott. Der Anspruch von ‚Völkern‘ als ‚Blutsgemeinschaft‘ legt das Menschenbild der AfD offen und erinnert nicht zufällig an NS-Vokabular und dunkelste Zeiten. Es ist darum gut, dass die Deutschen Bischöfe klar und unmissverständlich deutlich gemacht haben, dass völkischer Nationalismus und christlicher Glaube klare Gegensätze und nicht miteinander vereinbar sind. Dem Menschenbild, wie es offensichtlich den Parolen der AfD zugrunde liegt, muss von christlicher Seite deshalb klar und unmissverständlich widersprochen werden.

Hierzu gehören schließlich auch die immer wieder zu hörenden Abwertungen von Menschen mit Behinderungen. Sie offenbaren die z.T. unfassbaren Abgründe von purer Menschenverachtung innerhalb der AfD sowie einen regelrechten Hass auf ganze Menschengruppen. Da ist zum Beispiel davon die Rede, die „behinderten Kinder“ in der Schule (...) „lähmen [sic!] den Unterrichtsfortgang“¹⁶ oder es wird von einer „ideologisch motivierten Inklusion“¹⁷ gesprochen, die es „unverzüglich“ zu beenden gelte¹⁸. Eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Thema „Schwerbehinderte in Deutschland“ von 2018 war ein weiterer schockierender Beleg für die Art von gezielt inszenierten

Zitat AfD >>

„Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

(Björn Höcke auf einer Veranstaltung der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft und sich mittlerweile selbst aufgelöst habenden „Jungen Alternative“ vom 17. Januar 2017 in Dresden. https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/article161302196/Die-Hoecke-Rede-von-Dresden-in-Wortlaut-Auszuegen.html)

Tabubröchen, mit denen diese Partei versucht, die Grenzen des Unsagbaren auszutesten: Hier wurde nämlich eine unmittelbare Verknüpfung von Behinderung auf der einen Seite und Inzucht, nationaler Herkunft und Migrationshintergrund auf der anderen hergestellt¹⁹.

Und der baden-württembergische AfD-Politiker Emil Sänze sprach erst kürzlich diese ungeheuerlichen Sätze auf einer Wahlkampfveranstaltung in Karlsruhe, die nicht nur die Diskriminierung von behinderten Menschen, sondern auch die Vernichtungsfantasien gegenüber den politischen Wettbewerbern (regelmäßig als „Altparteien“ denunziert), die offensichtlich als Feinde gesehen werden, manifest werden lassen: „Ich meine, Söder ist ja nicht nur körperlich behindert, auch manchmal geistig. (...) Aber wir lassen ihn leben – er ist ja immer mal wieder witzig.“²⁰

Es ist unlegbar, dass sich die AfD systematisch und notorisch einer sowohl Minderheiten als auch ganze Menschen- und Bevölkerungsgruppen abwertenden, ausgrenzenden und verächtlich machenden Rhetorik bedient, die die Grenze zum

unverhohlenen rassistisch Rechtsradikalen immer wieder bewusst überschreitet²¹.

Zitat AfD >>

„Burkas, Kopftuchmädchen, alimmentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern...“

(Alice Weidel im Deutschen Bundestag am 16. Mai 2018. <https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2018/kw20-de-einspruch-ordnungsruf-555494>)

Zitat AfD >>

„Ich meine, Söder ist ja nicht nur körperlich behindert, auch manchmal geistig. (...) Aber wir lassen ihn leben – er ist ja immer mal wieder witzig.“

(Emil Sänze über Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Januar 2026. Die WELT vom 26.01.2026, abrufbar: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article696fac8ab-389d63113e6a5be/beleidigung-soeder-ist-ja-nicht-nur-koerperlich-behindert-auch-geistig-sagt-der-afd-politiker.html>)

Eine solche, auf Spaltung unserer Gesellschaft abzielende Grundhaltung ist mit einem wirklich christlich fundierten Politikverständnis, das sich stets in Verantwortung vor Gott und den Menschen weiß, nicht vereinbar.

Das rechtspopulistische Menschenbild der AfD hat mit dem barmherzigen, versöhnenden und befreienden Geist der Liebesbotschaft des Evangeliums Jesu Christi nicht das Geringste zu tun. Ganz im Gegenteil: Wer spaltet, statt Brücken zu bauen und zu versöhnen, wer Hass und Hetze sät, statt Achtung und Nächstenliebe zu befördern und wer Ängste und Endzeit-Alarmismus schürt, statt Hoffnung und Zuversicht zu verbreiten, der ist Lichtjahre von einer Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes und der sich aus dem christlichen Glauben ableitbaren Werte entfernt.

Kirchenkritik

- Die AfD greift die beiden großen Volkskirchen in Deutschland zunehmend und mit voller Schärfe an und scheint bei ihrem zum Teil geradezu kulturkämpferisch anmutenden Furor mittlerweile kaum noch Anstandsgrenzen zu kennen.
- Bisweilen werden die Kirchen dabei aber auch in einer geradezu aberwitzigen Weise und von oben herab über ihren ureigensten Verkündigungsauftrag belehrt und pseudo-theologisch gemäßregelt.
- Die Volkskirchen in Deutschland werden als „Kirchensteuerkirchen“ diffamiert, im Verbund mit der Forderung, ihnen ihre vermeintlichen „Privilegien“ zu entziehen.
- Mal wird aus den führenden Reihen der AfD medienwirksam, laut und unverhohlen zum Kirchenaustritt aufgefordert, mal wird die Streichung von christlichen Feiertagen, die Abschaffung des staatlichen Einzuges der Kirchensteuer, die Ablösung der Staatsleistungen²² oder die Beendigung von bewährter Kooperation von Staat und Kirche gefordert.

Zitat zur AfD >>

„Dieses AfD-Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt enthält eine maximale Feinderklärung gegenüber den Kirchen. Das hat es unter dem Grundgesetz noch nicht gegeben.“

(Hans-Michael Heinig, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in Göttingen. „Maximale Feinderklärung“ | <https://zeitzeichen.net/node/12378>)

Fakt ist >>

Aufgrund des unchristlichen und völkisch-nationalistisch geprägten Welt- und Menschenbildes der AfD haben sich auch die Kirchen in Deutschland in den letzten Jahren immer wieder in unmissverständlicher Klarheit gegen die menschenverachtenden Positionen dieser Partei abgegrenzt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) formulierte es im Dezember 2023 so: „Die menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen insbesondere der rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD sind mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar.“²³ Im Februar 2024 äußerte sich die Deutsche Bischofskonferenz ähnlich: „Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer Betätigung sein und sind auch nicht wählbar.“²⁴ Das sind mehr als deutliche Worte. Von Seiten der Freikirchen wurde ebenfalls gegen die AfD Stellung bezogen. In einer Erklärung der „Vereinigung der Evangelischen Freikirchen“ vom 20. Juni 2024 („Gottes Liebe gilt jedem Menschen“) heißt es: „Der Vorstand der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) spricht sich gegen Rassismus und gegen ‚völkisches Denken‘ aus. Migrationsbewegungen hat es immer gegeben. Viele Deutsche, die seit vielen Jahrzehnten in Deutschland leben, haben selbst Fluchterfahrungen in ihren Familien. Deutschland ist längst multiethnisch. Wir sehen das als Tatsache an und diese Tatsache als eine wertvolle Bereicherung für alle. Wie gut, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist. Denn schon im Schöpfungsgedanken der Bibel wird deutlich: Gottes Liebe gilt jedem Menschen. Man darf sich dieser Liebe gewiss sein und sich angenommen wissen. Sie gilt allen Menschen in unserem Land, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe,

Zitat AfD >>

„In dem Verein sollte keiner von uns mehr Mitglied sein.“

(Armin-Paul Hampel ruft auf dem Kölner Parteitag der AfD im April 2017 offen zum Kirchenaustritt aus. https://youtu.be/_S3t9YLnIIA?is=7Kd_MSmfHKcOyR2D)

Sprache, Geschlecht oder Glauben. Rassismus in jeglicher Form lehnen wir ab. ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘ gilt auch für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.“²⁵ Der frühere Beauftragte der VEF am Sitz der Bundesregierung und baptistische Pastor Peter Jörgensen formulierte in diesem Zusammenhang ebenfalls deutlich: „Am 21. April 2017 demonstrierten in Köln vor dem AfD-Parteitag alle Kirchen miteinander, Katholiken, EKD, Anglikaner, Orthodoxe, Freikirchen, Altkatholiken. (...) Die AfD ist wahrlich keine christliche Partei. Sie will es auch gar nicht sein. Da, wo sie von kultureller Identität des christlichen Abendlandes redet, meint sie die kulturelle Oberfläche und ausdrücklich nicht mehr.“²⁶

Diese kirchlichen Positionierungen gegen die AfD sprechen Bände und sind ein eindeutiger Befund. Deshalb es ist es auch wenig überraschend, dass die AfD – nach anfänglicher strategischer und taktischer Camouflage ihres völkisch-nationalistischen Ungeistes – nun umso vehementer und frontaler Kritik an den beiden großen Kirchen übt und somit auch das etablierte Staatskirchenrecht (Religionsverfassungsrecht) bzw. die bewährte Kooperation von Staat und Kirche massiv infrage stellt.

Die Kirchen setzen sich, ganz ihrem Auftrag gemäß, für die Schwachen in der Gesellschaft ein und sie ermahnen auch die Politik, die Schwachen nicht zu vergessen (vgl. Mt 25,31-46). Doch gerade dies scheint der AfD grundsätzlich zu missfallen. Deshalb möchte sie die Rechte der Kirchen beschneiden, wie es beispielsweise aus dem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 hervorgeht: „Abschaffung des Kirchenasyls, Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen“²⁷ Passend dazu äußerte sich Volker Münz, damals kirchenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, in der Debatte

Zitat AfD >>

„Nicht die AfD hegt fragwürdige Traditionen. Es ist vielmehr die bischöfliche offizielle Kirchenleitung, die hier eine zu hinterfragende, tradierte Haltung annimmt. Sie hatte sich bereits mit dem braunen Faschismus einhellig gezeigt, sodann mit dem roten und hofiert nun den grünen.“

(Offener Brief des Vorstandes der ChrAfD an die Deutsche Bischofskonferenz vom 29.04.2024 zur Erklärung der deutschen Bischöfe „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ vom 22.02.2024, abrufbar unter Offener Brief an die Deutsche Bischofskonferenz, s.o. Zitat auf S. 10)

zur Ablösung der Staatsleistungen wie folgt: „Nur durch die im internationalen Vergleich gute Finanzausstattung können sich die Kirchen Dinge leisten, die mit Kirche gar nichts zu tun haben, meine Damen und Herren.“²⁸

Mit solch beißender Kirchenkritik aus ihren Reihen macht sich die AfD übrigens auch noch unfreiwillig selbst lächerlich, wenn sie die beiden großen Volkskirchen in Deutschland in dieser nur als aberwitzig zu bezeichnenden Weise und im pseudo-theologischen Oberlehrer-Gestus über ihren ureigensten Verkündigungsauftrag zu belehren und zu maßregeln trachtet.²⁹

In ähnlicher Weise brachte sich Jens-Christoph Brockmann bei der Beratung zur Resolution des Niedersächsischen Landtages zum Evangelischen Kirchentag 2025 ein: „Der Staat hat klar seine Neutralität zu wahren und sollte sich auf Grundlage unserer verfassungsgemäßen garantierten Trennung von Staat und Kirche nicht mit privilegierten Verträgen in die Angelegenheiten der Kirchen einmischen. ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.‘ – das sollte eine Mahnung sein, beide Institutionen klar zu trennen.“³⁰

Selbstredend kann und sollte immer wieder auch kritisch über kirchliche Stellungnahmen und kirchliches Handeln diskutiert werden. Es ist wichtig, dass Politiker mit kirchlichen Vertretern ins Gespräch kommen – das hat in der Union gute Tradition. Dieser Austausch muss aber sachlich und vertrauensvoll geführt werden und kann nicht von herabsetzenden Anschuldigungen bestimmt sein. Offensichtlich würdigt die AfD in keiner Weise den Beitrag, den die beiden großen Kirchen für die

Zitat AfD >>

„Da die Kirchensteuerkirchen das nicht mehr vermitteln und sich vielfach vom christlichen Auftrag entfernt haben und vor allem gesellschaftspolitisch aktiv sind, können sie keine Sonderstellung durch Kirchensteuereinzug und Staatsleistungen beanspruchen.“

(Neufassung des ursprünglichen Antragstextes von Udo Nistripke, KV Halle-Saale zu Zl. 126–128 im „Antragsbuch zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. und 12. April 2026 in Magdeburg“, S. 8)

Bundesrepublik Deutschland leisten. Ebenso wenig erkennt sie die Kooperation von Staat und Kirche an, die für die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 2 des Grundgesetzes) essentiell ist.

Eine neue Eskalation der anti-kirchlichen Kritik hat nun in der AfD Sachsen-Anhalt stattgefunden, einem Landesverband, der wohl nicht zufällig als gesichert rechtsextremistisch gilt und auch schon seit geraumer Zeit unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Im RP-ST werden die beiden großen Kirchen als „Kirchensteuerkirchen“³¹ diffamiert. Die zynische Scheinargumentation dahinter lautet: „Erst wenn die Kirchen unabhängig von staatlichen Geldzahlungen sind, können sie ihre positive Wirkung entfalten.“³² Einen konkreten Angriff richtet die AfD Sachsen-Anhalt gegen die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. Die jährlichen Zahlungen an die Evangelische Akademie durch das Land Sachsen-Anhalt sollen eingestellt werden wegen ihrer „politischen Agitation im Sinne der Altparteien: Klimadoktrin, Genderismus und Regenbogenkult stehen hoch im Kurs, eine ‚sozial-ökologische Transformation‘ wird beschworen, der ungezügelter Massenmigration wird das Wort geredet, und jeder, der grundsätzlich anderer Meinung ist, wird als Gefahr für die Demokratie ausgegeben.“³³ Im zeitzeichen-Interview macht Hans-Michael Heinig, Professor für Öffentliches Recht und Kirchenrecht an der Universität Göttingen sowie Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, deutlich: „Dieses AfD-Regierungsprogramm in Sachsen-Anhalt enthält eine maximale Feinderklärung gegenüber den Kirchen. Das hat es unter dem Grundgesetz

noch nicht gegeben.“³⁴ Die Vorwürfe gegenüber der Evangelischen Akademie und das Vorhaben, „alle christlichen Kirchen“ (Punkt 18) bzw. „kleine Kirchen“ (Punkt 20) zu fördern, offenbaren das eigentliche Ansinnen der AfD: diejenigen zu unterstützen, von denen sie Unterstützung erwarten können und denjenigen zu schaden, von denen sie keine Unterstützung bekommen (den beiden großen Volkskirchen). Bezeichnend ist ein Antrag von Michael Kremer (KV Magdeburg) zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt im April 2026. Statt, wie es unter Punkt 20 im RP-ST heißt, möchte Kramer nicht das Christentum und kleine Kirchen, sondern Kultur und Brauchtum fördern: „Die AfD fordert zumindest für die Sommer- sowie die Wintersonnenwende jeweils einen Feiertag einzuführen. Dafür können – um zusätzliche Belastungen der Wirtschaft im Lande zu vermeiden – zwei überflüssige christliche Feiertage gestrichen werden.“³⁵ Kremer beruft sich auf Gauland, der 2016 in einem Interview mit Christ & Welt sagte, die AfD sei keine christliche Partei.³⁶ Weiter zählt Kremer „Kernelemente des Christentums“ auf, für die die AfD nicht stehe; unter anderem: „Feindesliebe, Schuld kult, andere-Wange-hinhalten, ‚alle Menschen sind gleich‘ [...]“.³⁷

Am Ende seines Antrags bezieht Kremer sich auf die „klügsten Geistesgrößen unseres Volkes“, die sich gegen das Christentum gestellt hätten: „Goethe, Schiller, Schopenhauer, Hölderlin, Wagner, Kant wie auch Nietzsche, Spengler, Friedrich der Große, Kolbenheyer, Mozart und viele andere sprachen sich gegen den lebensfeindlichen Fremdglauben [!] aus.“³⁸

Zitat AfD >>

„Wir wissen mittlerweile, dass die Amtskirchen, egal ob evangelisch oder katholisch, durch und durch politisiert sind. Die Trennung von Staat und Kirche wird nicht mehr eingehalten. Damit spielen weite Teile der Kirchen bis auf wenige Ausnahmen genau die gleiche unrühmliche Rolle, die sie auch im Dritten Reich gespielt haben.“

*(Alice Weidel im FOCUS-Interview vom 21.12.2017.
https://www.focus.de/politik/deutschland/alice-weidel-afd-fraktionschefin-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-die-kirche_id_8036449.html)*

Möglicherweise lässt sich Kremers Antrag als Hinweis darauf lesen, worauf es der AfD ankommt: ihre teils völkische und rassistische Politik betreiben zu können, ohne sich von der im Christentum gepredigten Nächstenliebe stören lassen zu müssen (vgl. Lev 19,18; Mk 12,29–31). Ein solcher Antrag ist, jedenfalls von der hier ganz offensichtlich wieder gezielt vorgenommen Sprachwahl her, perfekt anschlussfähig an die gottlose und menschenverachtende Ablehnung des Christentums von Seiten des ehemaligen nationalsozialistischen Neuheidentums.

Zitat AfD >>

„Der Staat hat klar seine Neutralität zu wahren und sollte sich auf Grundlage unserer verfassungsgemäßen garantierten Trennung von Staat und Kirche nicht mit privilegierten Verträgen in die Angelegenheiten der Kirchen einmischen. ‚Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.‘ – das sollte eine Mahnung sein, beide Institutionen klar zu trennen.“

*(Jens-Christoph Brockmann im Niedersächsischen Landtag.
 Niedersächsischer Landtag, 19. Wahlperiode, 63. Plenarsitzung,
 27. März 2025, Tagesordnungspunkt 26)*

Wohin führen die Alternativen der AfD? – Das bekommt, wer für die AfD votiert:

**TOP 10
ARGUMENTE**

Fortsetzung
auf S. 31

1 Ein völkisch-nationalistisches Welt- und Menschenbild, das mit dem christlichen Glauben unvereinbar ist

2 Eine kirchenfeindliche Politik gegenüber den beiden großen Volkskirchen in Deutschland, die von der AfD als „Kirchensteuerkirchen“ diffamiert werden: Immer wieder Aufrufe zum Kirchenaustritt, zur Abschaffung der Kirchensteuer, zur Streichung christlicher Feiertage und zur Beendigung der bewährten Kooperation von Staat und Kirche

3 Eine radikale und verfassungswidrige Infragestellung des universalen Grundrechtes der Religionsfreiheit und einen zentralen Angriff auf unser bisheriges Religionsverfassungsrecht

4 Die Diskriminierung von religiösen Minderheiten und die Beeinträchtigung ihrer Religionsausübung, wie z.B. dem Islam und dem Judentum (Antisemitismus), und die damit verbundene bewusste Inkaufnahme und gezielte Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens und Zusammenhalts in unserem Land

5 Die Propaganda eines nahezu uneingeschränkten „Volkswillens“ und die damit einhergehende massive Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der durch den Rechtsstaat grundgesetzlich geschützten Normen

Religionsfreiheit und Religionspolitik

- Die AfD stellt den universalen Charakter des Grundrechtes der Religionsfreiheit infrage. Ihre religionspolitische Agenda ist zugleich ein zentraler Angriff auf unser bisheriges Religionsverfassungsrecht.
- Im Fokus steht dabei ein pauschales Feindbild vom „Islam“, das Muslime in unserem Land unter Generalverdacht stellt, massiv diskriminiert und in ihren religiösen Grundrechten beschneiden will. Die Chiffre von der sogenannten „christlich-abendländische Kultur in Deutschland“³⁹ dient der AfD lediglich als Werkzeug der polemischen Abgrenzung und zum Anheizen von Überfremdungsängsten. Die Gefährdung unseres gesellschaftlichen Friedens und Zusammenhalts in Deutschland wird bewusst und gezielt in Kauf genommen.
- Die meisten dieser religionspolitischen Forderungen der AfD sind weder verfassungskonform noch umsetzbar. Hier offenbart sich beispielhaft die ganze Verachtung der AfD gegenüber unserem Rechtsstaat und seinen Institutionen sowie unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Zitat AfD >>

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“
(PfD, S. 49)

Fakt ist >>

Die AfD bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm (PfD) auf den ersten Blick zwar „uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“⁴⁰. In demselben Atemzug aber fordert sie, „der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen“⁴¹. Bereits diese eine Formulierung trägt einen Widerspruch⁴² in sich, der das gesamte religionspolitische Programm der Partei prägt: Was die Verfassung als zusammengehörig versteht – Glaube, Bekenntnis und ungestörte Religionsausübung nach Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 2 des Grundgesetzes –, wird hier rhetorisch getrennt. Das eine wird beschworen, das andere unter Vorbehalt gestellt.

Der Vorbehalt heißt: „Unsere Werte“. Wer diese Werte definiert, sagt das Programm nicht. Das ist kein Versehen. Wer die Schranken der Religionsfreiheit nicht aus der Verfassung selbst, sondern aus einem nicht näher bestimmten Wertekanon ableitet, verschiebt die Definitionshoheit von der Rechtsordnung auf die jeweilige politische Mehrheit. Damit wird ein Grundrecht, das gerade gegen Mehrheiten schützen soll, zur Verfügungsmasse derer, die sich auf „die Werte“ berufen.

Die programmatischen Forderungen der AfD zur Religionsfreiheit sind in ihrem Bundestagswahlprogramm vom Januar 2025 (ZfD) dokumentiert. Sie betreffen fast ausschließlich nur eine Religion: den Islam. Im Hauptfokus steht dabei ein pauschales Feindbild vom „Islam“, der Muslime in unserem Land unter Generalverdacht stellt, massiv diskriminiert und in ihren religiösen Grundfreiheitsrechten massiv beschneiden will.

Unter anderem finden sich bei der AfD u.a. folgende Forderungen: Ein Kopftuchverbot, nicht nur etwa im Staatsdienst und im öffentlichen Dienst, sondern auch in Kindertagesstätten und jeder Form von Bildungseinrichtung (wohlgerneht unter

Zitat AfD >>

„Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und die sie nicht respektiert. Und die da, wo sie das Sagen hat, jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muss man das Grundrecht entziehen.“

(Albrecht Glaser, 2017 AfD-Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, im April 2017. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-10/albrecht-glaser-demokratie-religionsfreiheit-islam-grundgesetz-5vor8>)

Einschluss nicht nur der „Lehrerinnen“ selbst, sondern auch der „Schülerinnen“!)⁴³, sowie die komplette Abschaffung der Lehrstühle für Islamische Theologie an deutschen Universitäten und ihre Ersetzung bzw. Übertragung an die Fakultät der „bekenntnisneutralen Islamwissenschaft“⁴⁴. Auch die *grundsätzliche (!)* Ablehnung des Körperschaftsstatus für islamische Religionsgemeinschaften⁴⁵, die Ersetzung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichtes („Islamunterricht“) durch eine „Islamkunde für alle [sic!] muslimischen Schüler“⁴⁶ und das Verbot des betäubungslosen Schächstens, das in der Praxis Muslime und Juden gleichermaßen trifft⁴⁷.

Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 2 des Grundgesetzes schützt nicht nur die persönliche Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit, sondern auch die ungestörte Religionsausübung. Dieser Schutz gilt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ohne Ansehen der Religion. Im Kopftuch-Beschluss vom 27. Januar 2015 hat der Erste Senat ausdrücklich festgestellt, dass ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen mit dem Grundgesetz unvereinbar ist⁴⁸. Das Tragen eines Kopftuchs begründet „im Regelfall keine hinreichend konkrete Gefahr für den Schulfrieden“. Eine Privilegierung zugunsten „christlich-abendländischer Bildungs- und Kulturwerte“, wie sie die schulgesetzliche Regelung vorsah, hat das Gericht als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot verworfen⁴⁹. Im Schulbereich steht die AfD-Forderung nach einem pauschalen Kopftuchverbot damit in deutlicher Spannung zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Auch für das Schächten gilt: Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2002 entschieden, dass das betäubungslose rituelle Schlachten zur grundrechtlich geschützten Religionsausübung gehört, wenn der Betroffene plausibel darlegt, dass nach gemeinsamer Glaubensüberzeugung der Verzehr von Fleisch nicht betäubungsloser

Tiere geboten ist. Eine pauschale Verbotsforderung ohne ernsthafte Abwägung mit der Religionsfreiheit unterschreitet diesen verfassungsrechtlichen Maßstab⁵⁰. Was die Anerkennung islamischer Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts betrifft, so regelt Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 5 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung die Voraussetzungen abschließend: Verfassung und Mitgliederzahl müssen die Gewähr der Dauer bieten. Liegen diese Voraussetzungen vor, besteht ein Rechtsanspruch. Eine pauschale Ablehnung, wie sie die AfD formuliert („Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen“⁵¹), ist verfassungsrechtlich nicht haltbar.

Wer ein Grundrecht auf bestimmte Religionsgemeinschaften beschränken oder ihnen die ungestörte Ausübung verweigern will, behandelt es nicht mehr als Grundrecht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte die Hochstufung der AfD im Mai 2025 unter anderem mit einem „die AfD prägenden ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis“ begründet, das sich in einer „insgesamt migranten- und muslimfeindlichen Haltung der Partei“ konkretisiere⁵². Nach einer Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom Februar 2026 darf das BfV die AfD als Gesamtpartei bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens in erster Instanz zwar vorläufig nicht als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ einstufen oder öffentlich so bezeichnen. Das Gericht hielt aber zugleich fest, dass weiterhin ein starker Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen bestehe. In der Begründung verwies es insbesondere

Zitat AfD >>

„Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen, und die Stellen sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.“
(ZfD, S. 123)

Zitat AfD >>

„Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler. Die Lehrer sollten von verfassungstreuen Islamwissenschaftlern an deutschen Universitäten ausgebildet werden, die nicht von islamischen Verbänden beeinflusst sein dürfen. Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierten Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination.“

(PfD, S. 55)

auf Anhaltspunkte dafür, dass die AfD bei Erlangung politischer Gestaltungsmöglichkeiten die Religionsfreiheit von Muslimen in einem auch die Menschenwürde berührenden Umfang außer Geltung setzen wolle⁵³.

Auch wenn das Gericht in seiner summarischen Prüfung nicht zur Gewissheit einer die Gesamtpartei prägenden gesichert extremistischen Bestrebung gelangte, bleibt der religionspolitische Befund erheblich: Die Forderungen der AfD richten sich gezielt gegen die sichtbare Religionsausübung von Muslimen. Wer einer Religionsgemeinschaft das verweigert, was er einer anderen gewährt, z.B. religiöse Ausbildungsstätten, der Körperschaftsstatus oder schulische Religionsfreiheit, verletzt den Gleichheitssatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes GG und greift in den Schutzbereich des Grundrechts aus Artikel 4 Absatz 1 und Absatz 2 des Grundgesetzes ein. Genau deshalb müssen solche Forderungen am Maßstab der Verfassung geprüft werden.

Wer das Programm liest, mag noch zögern. Wer die Reden und Interviews führender AfD-Funktionäre liest, zögert nicht mehr. Albrecht Glaser, Mitglied Nummer 30 und von 2015 bis 2019 stellvertretender Bundessprecher der AfD, war 2017 ihr offizieller Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten und kandidierte im selben Jahr für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten. In einer öffentlichen Rede im Frühjahr 2017 erklärte er, der Islam sei „eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt“; daher müsse man dieser Religion „das Grundrecht entziehen“⁵⁴.

Alice Weidel, heute Bundessprecherin und Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, stellte sich ausdrücklich hinter diese Position: „Herr Glaser verneint das. Ich verneine das auch“⁵⁵. Damit blieb diese Position nicht auf eine randständige Einzeläußerung beschränkt, sondern wurde von einer führenden AfD-Politikerin ausdrücklich gestützt.

Zitat AfD >>

Die AfD lehnt „Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten sein.“

(PfD, S. 87)

Björn Höcke, Vorsitzender des AfD-Landesverbandes Thüringen und Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, hat am 20. Januar 2018 auf einer Bürgerversammlung der AfD erklärt: „Dann werden wir nämlich die Direktive ausgegeben, dass am Bosphorus mit den drei ‚großen M‘ – das heißt Mohammed, Muezzin und Minarett – Schluss ist, liebe Freunde. Dann wird es nicht mehr möglich sein, den Bau eines Minaretts (...) mit der Religionsfreiheit durchzudrücken. (...) Wir müssen die De-Islamisierung Deutschlands und Europas vorbereiten“⁵⁶. Die Authentizität des exakten Wortlautes dieser Aussage hat die AfD übrigens selbst bestätigt; sie kann so auf einer AfD-eigenen Website eingesehen werden⁵⁷.

Solche Sätze stehen nicht am Rand. Sie kommen aus dem Zentrum der Partei. Wenn die AfD im Programm vom Bekenntnis zur Glaubensfreiheit spricht und führende Funktionäre zugleich öffentlich erklären, einer Religion müsse das Grundrecht entzogen werden, dann zerbricht die Programmrhetorik an der politischen Wirklichkeit der eigenen Partei. Wer aus solchen Quellen Politik macht, betreibt keine Religionspolitik im Sinne der Verfassung. Er stellt den universellen Charakter der Religionsfreiheit infrage.

Die Konsequenz für die Volksparteien von CDU und CSU gegenüber all diesen religionspolitischen Forderungen ist eindeutig. Die Religionsfreiheit ist eines der ältesten und kostbarsten bürgerlichen Grundrechte. Sie wurde von Christen erstritten, oft gegen erbitterten Widerstand, und sie ist heute nicht zuletzt deshalb auch das Recht der Muslime, der Juden, der Jesiden, der Bahai und aller anderen in Deutschland lebenden Glaubensgemeinschaften. Nur wer auch dieses Recht verteidigt, steht auch auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Die Union vertritt hier darum eine komplett andere Politik als die AfD: CDU und CSU haben seinerzeit die

Zitat AfD >>

„Ich sage aber, der Islam, der ist mit unseren Wertvorstellungen, mit unserer Art zu leben, tatsächlich unvereinbar. Der Islam, der hat eine Heimat. Das ist der Orient und meinetwegen Schwarzafrika, aber seine Heimat heißt nicht Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa!“ (...)

Dann werden wir (...) die Direktive ausgeben, dass am Bosphorus mit den drei ‚großen M‘ – das heißt Mohammed, Muezzin und Minarett – Schluss ist, liebe Freunde. Dann wird es nicht mehr möglich sein, den Bau eines Minaretts (...) mit der Religionsfreiheit durchzudrücken (...). Wir müssen die De-Islamisierung Deutschlands und Europas vorbereiten.“

(Björn Höcke am 4. März 2020, zitiert in einer „Stellungnahme von Björn Höcke zu Vorwürfen des Verfassungsschutzes“⁵⁸)

Islamkonferenz initiiert, den Lehrstühlen für Islamische Theologie an deutschen Universitäten den Weg bereitet, sich für die Anerkennung islamischer Verbände eingesetzt, wo die rechtlichen Voraussetzungen vorlagen, und hat sich nichtsdesto trotz immer konsequent gegen islamistische Bestrebungen in der Politik gestellt. Das eine ist eben auch hier die Bedingung des anderen.

Auch CDU und CSU sehen selbstverständlich die Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, die von einer unzureichenden Integration muslimischer Zuwanderer, einem anwachsenden Islamismus, dem islamischen Antisemitismus und dem bedenklichen Anwachsen von muslimischen Parallelgesellschaften ausgehen. Aber im Gegensatz zur rechtspopulistischen AfD wird hier immer sorgfältig und auf dem Boden von Verfassung und Rechtsprechung zwischen Islam und Islamismus und zwischen elementaren religiöse Grundfreiheitsrechten und der gebotenen Neutralitätsverpflichtung des Staates unterschieden. Auch viele Unionsanhänger und -wähler sehen z.B. im muslimischen Kopftuch ein problematisches polit-religiöses Symbol, das die Ungleichberechtigung der Frau gegenüber dem Mann ausdrückt. Gleichwohl gilt hier das Recht auf Religionsfreiheit und gleichzeitig die höchstrichterliche Rechtsprechung in unserem Land zu beachten und zu respektieren.

Die meisten der religionspolitischen Forderungen der AfD sind weder verfassungskonform noch politisch so umsetzbar. Hier offenbart sich beispielhaft die

Zitat AfD >>

„Christentum und Judentum stellen einen Antagonismus dar.“

(Björn Höcke, Rede bei der mittlerweile aufgelösten AfD-Nachwuchsorganisation „Junge Alternative“, BILD vom 18.12.2015)

ganze Verachtung der AfD gegenüber unserem Rechtsstaat, seinen Institutionen sowie unser freiheitlich-demokratischen Grundordnung insgesamt.

Die AfD-Fraktion hat seit 2018 auch mehrfach Anträge zur weltweiten Christenverfolgung in den Deutschen Bundestag eingebracht: „Christenverfolgung stoppen und sanktionieren“ (Drucksache 19/1698, April 2018), Anträge zur Christenverfolgung in Pakistan und Nigeria (Drucksachen 19/25309 und 19/25310, Dezember 2020), die Forderung nach einem Bundesbeauftragten zur Bekämpfung von Christenfeindlichkeit (Drucksache 19/25311, Dezember 2020) sowie ein Antrag zur Einführung eines Internationalen Tages gegen die Christenverfolgung⁵⁹.

Die Religionsfreiheit ist weltweit unter Druck, und Christen gehören nach übereinstimmenden Erhebungen verschiedener kirchlicher und menschenrechtlicher Organisationen zu den am stärksten verfolgten Religionsgemeinschaften. Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz haben dazu 2023 ihren dritten gemeinsamen Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit vorgelegt⁶⁰.

Der Bundestag hat die AfD-Anträge dennoch nicht übernommen. Die Begründung war jedes Mal ähnlich: Die Anträge instrumentalisierten das Schicksal verfolgter Christen, um Islamfeindlichkeit zu schüren.

Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel MdB, hat 2023 zur Einführung eines Internationalen Tages gegen die Christenverfolgung erklärt, der AfD-Antrag offenbare in seiner Begründung eine einseitige Fokussierung auf Christenverfolgung durch islamistische Täter; Christen seien zwar besonders betroffen, doch setze sich die Union für alle diskriminierten und verfolgten religiösen Minderheiten ein⁶¹. Der frühere Bundesbeauftragte für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), hatte bereits 2020 die Zuspitzung allein auf das Christentum kritisiert⁶².

Zitat zur AfD >>

„Unter dem Vorwand des Tier-schutzes verfolgt die AfD ganz klar ihre antisemitische und islamophobe Agenda.“

(Erklärung des Vorstandes der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD), Domradio vom 8. Februar 2023)

Hier liegt der eigentliche Kern. Wer das universelle Menschenrecht der Religionsfreiheit ernst nimmt, kann es nicht entlang religiöser Trennlinien teilen. Das Recht des verfolgten Christen in Nigeria oder Pakistan und das Recht des Muslims in Deutschland, seine Religion ungestört auszuüben, ruhen auf demselben Grund. Wer das eine fordert und das andere beschneiden will, schwächt beide. Die christlichen Kirchen wissen das. Ihre ökumenische Arbeit zur Religionsfreiheit weltweit ist deshalb gerade nicht selektiv, sondern universell ausgerichtet⁶³.

Die AfD beansprucht für sich, die christlich-abendländische Kultur zu verteidigen. Tatsächlich tut sie etwas anderes: Sie nutzt das Christentum als Werkzeug der Abgrenzung und stellt zugleich ein Grundrecht zur Disposition, das die Substanz dieser Kultur ausmacht. Die Religionsfreiheit, wie sie das Grundgesetz und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verstehen, ist jedoch nicht teilbar. Sie gilt für alle oder für niemanden ganz.

Wer in einem Land, in dem über vier Millionen Muslime leben, die Religionsausübung dieser Mitbürger einschränken will, der löst keine Probleme – er schafft neue. Er schwächt die Rechtsgrundlage, auf der auch die christlichen Kirchen stehen. Er schwächt die deutsche Stimme dort, wo sie weltweit für verfolgte Christen, Jesiden, Bahai oder andere religiöse Minderheiten eintritt. Und er schwächt das, was die AfD zu schützen vorgibt: eine Kultur, die ihre Würde gerade daraus bezieht, dass sie das Recht des Anderen achtet.

Die Antwort der Unionsparteien auf diese Herausforderung ist eine andere. Sie hält an der Universalität der Religionsfreiheit fest, sie schützt das Recht der Muslime auf ungestörte Religionsausübung ebenso wie das Recht der verfolgten Christen weltweit, und sie scheut den Dialog zwischen den Religionen nicht, sondern sucht ihn. Und als Schutzrecht der Person in ihrem innersten Bezug ist das Grundrecht der Religionsfreiheit unverzichtbar. Wer sie verteidigt, verteidigt mehr als eine Religion. Er verteidigt die Idee des Rechtsstaats selbst.

Wohin führen die Alternativen der AfD? – Das bekommt, wer für die AfD votiert:

**TOP 10
ARGUMENTE**
Fortsetzung
von S. 21

6 Das Säen von Angst und Hass und die weitere Spaltung unserer Gesellschaft

7 Die Unfähigkeit zur Findung konstruktiv-konsensueller Lösungen

8 Austritt aus dem Europäischen Einigungs- und Friedenswerk, Austritt aus der EU und dem Euro und die damit einhergehende für die Wirtschaft ruinöse Rückkehr zu nationalen Alleingängen

9 Einerseits Forderung nach massiver Ausweitung der Sozialleistungen, andererseits die Behauptung „von einem ausufernden Sozialsystem“.

10 Die existentielle Gefährdung unserer gesamten deutschen außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Interessen

Staat und Demokratie

- Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist etwas anderes als die Diktatur der Mehrheit:
- Die institutionelle Absicherung der grundgesetzlich geschützten Normen geschieht durch den Rechtsstaat, Gewaltenteilung, politische Unabhängigkeit wichtiger Institutionen und Behörden, Freiheit der Medien, Schutz von Minderheiten und ein ganzes „Geflecht von Prinzipien, Regeln sowie Entscheidungs- und Kontrollmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates“⁶⁴.
- Von all dem will die AfD bei ihrer populistischen Propaganda eines nahezu uneingeschränkten „Volkswillens“ nichts wissen.

Fakt ist >>

Die dazugehörigen plakativen Slogans aus vergangenen Wahlkämpfen, (so aus dem Bundestagswahlkampf 2017 oder den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2024), zeigen deutlich, wohin die Reise der AfD dabei gehen soll. Plakatiert wurde in Anlehnung an die Friedliche Revolution 1989 in der DDR:

- „Wir sind das Volk“
- „Vollende die Wende“
- „Wende 2.0“

Aus der ideologischen Schmiede der AfD kommend, bedeutet das: Hier wird die basisdemokratische Urerfahrung der Menschen in der ehemaligen DDR von der erfolgreichen Überwindung der SED-Diktatur und deren Unrechtsregime in der DDR instrumentalisiert, um die DNA der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes zu unterminieren.

Was die AfD dabei übersieht, ist die Tatsache, dass die Menschen in der ehemaligen DDR bei ihren Forderungen, mit denen sie 1989 den Machtanspruch der SED-Diktatur infrage stellten, selbstredend die Forderungen nach Gewährung allgemein anerkannter Menschen- und Freiheitsrechte, wie sie die DDR-Führung mit der „KSZE-Schlussakte“ von Helsinki 1975 zwar unterschrieben, aber rechtlich nie umsetzte, verbunden hatten. Für sämtliche Reform- und Bürgerrechtsgruppen der DDR aus dem Herbst 1989 waren die Rechte zur Freiheit der Person, Meinungsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz Bestandteil ihrer Programme für Veränderungen; zunächst noch in der DDR und später für eine Verfassungsreform nach der Wiedervereinigung.

Zitat AfD >>

„Macht die Stimmzettel zu Haftbefehlen für diejenigen, die verantwortlich sind (...). Die müssen angeklagt werden von Staatsanwälten, die unabhängig sind, weshalb wir für die Entpolitisierung der Justiz eintreten.“

(Stephan Brandner, Rede auf dem AfD-Parteitag 2024, Die ZEIT vom 29. Juni 2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/afd-parteitag-vorstand-essen-proteste>)

Angesichts dieser Einhegung der Volkssouveränität in der basisdemokratischen Revolutionsgeschichte der ehemaligen DDR kann der Ruf „Wir sind das Volk“ wie er immer wieder in den Wahlkämpfen der AfD plakatiert wurde, nur als Verhöhnung, bewusste Irreführung und grober Missbrauch verurteilt werden.

Hinzu kommt: Der im Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes festgeschriebene Souverän selbst war es, der sich „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“ an die nachfolgenden Normen des Grundgesetzes, insbesondere an die Unantastbarkeit der Würde des Menschen in Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes gebunden hat.

Die institutionelle Absicherung der grundgesetzlich geschützten Normen geschieht durch den Rechtsstaat, Gewaltenteilung, politische Unabhängigkeit wichtiger Institutionen und Behörden, Freiheit der Medien, Schutz von Minderheiten und ein ganzes „Geflecht von Prinzipien, Regeln sowie Entscheidungs- und Kontrollmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates“⁶⁵.

Von all dem will die AfD bei ihrer populistischen Propaganda eines nahezu uneingeschränkten „Volkswillens“ nichts wissen.

Von völliger Geschichtsblindheit der AfD zeugt die Aufnahme des Begriffs „Wende“ in das aus Sicht dieser Partei für deren Ziele als werbeträchtig angesehene Vokabular. Hierzu sei lediglich angemerkt: Der Begriff „Wende“ stammt von Egon Krenz, der vom 18. Oktober bis zum 3. Dezember 1989 als Generalsekretär der SED die Nachfolge Erich Honeckers angetreten hatte. Krenz prägte diesen Begriff mit dem Ziel, den Machterhalt der SED zu diesem Zeitpunkt durch eine „Wende“ innerhalb des SED-Machapparats noch retten zu können. Ein Ansinnen, das sich als Illusion erwies.

Besuchen Sie uns auf Facebook und Instagram



Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden?

Dann besuchen Sie den EAK auf seiner **Facebook-Seite**.

Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



Besuchen Sie den EAK auch auf seiner **Instagram-Seite**.

Sie finden uns unter unserem Namen „eakunion“.



EAK

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

→ Anders als die AfD sind wir für ein Deutschland, dass zusammenfindet und ziehen keine Energie aus der Spaltung und dem Säen von Angst und Hass.

→ Die AfD, die gesellschaftliche Vielfalt pauschal als Bedrohung darstellt und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensgeschichte gegeneinander ausspielt, nährt sich von einem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu dem sie selbst beiträgt.

Zitat AfD >>

„Unser Maßnahmenkatalog zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens heißt Remigration...“.

(ZfD, S. 101)

Zitat AfD >>

„Im Osten sind die Menschen noch Deutsche, im Westen haben sie über Jahrzehnte eine Ersatzidentität gefunden.“

(Björn Höcke im Interview mit der „Weltwoche“, ZEIT vom 10. Juni 2026)

Fakt ist >>

Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Er lebt von Menschen, die bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen und das Gemeinwohl über Partikularinteressen zu stellen.

Deutschland war schon immer ein vielfältiges Land. Über die letzten 80 Jahre ist es noch vielfältiger geworden. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfe leben heute miteinander und das ist nicht immer leicht. Es fordert uns heraus und etwas ab. Diese Vielfalt kann jedoch eine große Stärke sein und ist nicht automatisch unvereinbar mit Zusammenhalt. Sie erweitert Horizonte, fördert Kreativität und bereichert unser gesellschaftliches Leben. Voraussetzung dafür ist jedoch die Bereitschaft aller, die gemeinsamen Regeln unseres Zusammenlebens zu achten und an unserem Deutschland entsprechend mitzutun.

Freiheit bedeutet daher nicht Beliebigkeit. Eine freie Gesellschaft braucht gemeinsame Werte und gegenseitigen Respekt. Wer Freiheit für sich in Anspruch nimmt, trägt Verantwortung für die Freiheit anderer. Jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit steht dieser Freiheit entgegen. Wir dürfen hingegen von allen in unserem Land erwarten, dass unsere freiheitliche Ordnung anerkannt wird und Bereitschaft besteht, sich aktiv in unsere Gesellschaft einzubringen. Das ist an uns alle gerichtet. Das ist die wirkmächtigere Alternative zum bloßen Wegschauen hinsichtlich der Probleme, die Migration und die zunehmende Individualisierung unserer Gesellschaft mit sich bringen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen: in Familien, Kirchengemeinden, Vereinen, Nachbarschaften,

Zitat AfD >>

„Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema.

Oder vergasen, oder wie du willst.“

*(Der fristlos entlassene langjährige Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Christian Lüth**, mittlerweile wieder für AfD-Abgeordnete im Bundestag arbeitend, über Migranten, ZEIT vom 28. September 2020)*

Unternehmen und ehrenamtlichen Initiativen. Diese Orte der Begegnung sind das Fundament einer lebendigen Demokratie. Hier lernen Menschen, Unterschiede auszuhalten, Kompromisse zu finden und sich selbst in Bezug zum Nächsten zu setzen. Jeder und jede hat das Recht, sich für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für unsere Wehrhaftigkeit und Widerstandskraft, für unser Glück und unser friedliches Zusammenleben einzusetzen. Anders als die AfD sind wir für ein Deutschland, das zusammenfindet und ziehen keine Energie aus der Spaltung und dem Säen von Angst und Hass. Die AfD, die gesellschaftliche Vielfalt pauschal als Bedrohung darstellt und Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensgeschichte gegeneinander ausspielt, nährt sich von einem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Für uns ist klar: Die Vorstellung, dass Zusammenhalt ohne gemeinsame Werte und kulturelle Orientierung entstehen kann, ist ebenso falsch, wie die Sehnsucht nach der uniformen Gesellschaft. Beides führt in die Irre. Unser Weg in die Zukunft, der Weg des Engagements und des Bemühens um Verständigung einerseits und des klaren Setzens von Grenzen im Sinne einer Leitkultur andererseits, ist anstrengend. Zugleich ist er aber lohnender als der Tunnel von Herabwürdigung und Abschtung der AfD, der zurück in ein Deutschland führen soll, das so nur in den Köpfen von Ideologen und Menschenverächtern existierte.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK?

Bitte helfen Sie uns!

Der EAK setzt sich nun schon seit über sieben Jahrzehnten dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen.

Wir werden all unsere politischen Ziele auch in Zukunft nur dann durchsetzen können, wenn auch Sie uns dabei weiterhin tatkräftig unterstützen, und wenn wir gemeinsam beherzigen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit des EAK mit einer Spende auf das Konto:

Commerzbank Berlin | BLZ 100 400 00
Konto-Nr.: 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX



Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

Finanz- und Sozialpolitik

→ Die AfD zeichnet ein dunkles Bild von der Gegenwart in Deutschland, das benachteiligte Familien oder verarmte Menschen im Ruhestand sowie Opfer der Wiedervereinigung Deutschlands zeigt. In diesem dunklen Bild gibt es zwar ein „ausuferndes Sozialsystem“, das aber nach Einschätzung der AfD nichts nützt, weil davon – so die AfD – „im großen Umfang Ausländer profitieren.“

→ Diese AfD-Rhetorik, die sich auf „Ausländer“ bezieht, dient der Funktion des „Sündenbocks“. Das so Erzählte findet die Zustimmung gerade von Wahlberechtigten in einer schlechten wirtschaftlichen Situation.

→ Die AfD hat weder in der praktischen Politik noch in der Entwicklung einer finanziell tragfähigen Lösung zur Beantwortung sozialer Fragen den Befähigungsnachweis erworben.

Die AfD fordert eine massive Steigerung der Sozialausgaben, so beispielsweise:

- **„mehr Unterstützung für die Familien“ mit Blick auf die Kindererziehung**
(PfD, S. 42)
- **„Pflege der Angehörigen aufwerten“**
(PfD, S. 37),
- **eine „Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages in der Grundsicherung“**

<< Zitat AfD

(Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing ... und der Fraktion der AfD betreffend „Rentnerarmut in Deutschland – Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages in der Grundsicherung“, Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 21/2718 vom 11. November 2025)

oder

- **pauschale Einmalzahlungen, womit „Härtefälle bei der Rentenüberleitung im Rahmen einer Fondslösung begünstigt“ werden sollen**

(Antrag der Abgeordneten Ulrike Schielke-Ziesing ... und der Fraktion der AfD betreffend „Rentenüberleitung abschließen – Fairnessfonds für pauschale Einmalzahlungen einrichten“, Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 21/2164 vom 13.10.2025, S. 2).

Fakt ist >>

Obwohl die AfD massive Steigerung der Sozialausgaben fordert, diagnostiziert sie gleichzeitig ein „ausuferndes Sozialsystem, von dem im großen Umfang Ausländer profitieren“⁶⁶.

In ihrem Grundsatzprogramm beschreibt die AfD eine von ihr empfundene Notwendigkeit, „die Staatsaufgaben zu reduzieren und den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren“⁶⁷.

Zu den Tatsachen: Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik Deutschland werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des „Sozialbudgets“

berechnet. Erfasst werden sowohl Geld- als auch Sachleistungen für Soziales, die die Gebietskörperschaften, die Sozialversicherung sowie die Betriebe freiwillig oder aufgrund von gesetzlichen, satzungsmäßigen oder tarifvertraglichen Regelungen erbringen. Das Sozialbudget 2024 betrug 1.345,4 Milliarden Euro. Es machte 31,2 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aus („Sozialleistungsquote“). Größter Ausgabeposten waren die Leistungen für „Alter und Hinterbliebene“ mit 533,1 Mrd. Euro⁶⁸.

Überdurchschnittlich erfolgreich ist die AfD bei Männern zwischen 25 und 59 Jahren und bei Menschen mit schlechter wirtschaftlicher Situation⁶⁹. Das Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW) hat die finanzielle Auswirkungen der Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025 analysiert: „Ein Alleinverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern und niedrigem Einkommen wäre finanziell bessergestellt, wenn die Wahlprogramme von SPD, Grünen, Linken BSW oder Union jeweils umgesetzt würden... Würden die Wahlprogramme von FDP oder AfD umgesetzt, hätte diese Familie weniger Geld zur Verfügung: Beim AfD-Programm wären es jährlich 440 Euro weniger, beim FDP-Programm 1.520 Euro weniger“⁷⁰.

Die AfD zeichnet ein dunkles Bild von der Gegenwart in Deutschland, das benachteiligte Familien oder verarmte Menschen im Ruhestand sowie Opfer der Wiedervereinigung Deutschlands zeigt. In diesem dunklen Bild gibt es zwar ein „ausuferndes Sozialsystem“, das aber nichts nützt, weil davon „im großen Umfang Ausländer profitieren.“⁷¹ Die Menschen leiden nach diesem düsteren Gemälde unter dieser Abgabenlast so stark, dass es erforderlich scheint, „den finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren“ (s.o., S. 41). Hier kommt das Weltbild der AfD voll zum Ausdruck.

Die Rhetorik, die sich auf „Ausländer“ bezieht, dient der Funktion des „Sündenbocks“⁷². Das so Erzählte findet die Zustimmung gerade von Wahlberechtigten in einer schlechten wirtschaftlichen Situation. Auf die „Ausländer“ wird die Schuld für ein „ausuferndes Sozialsystem“ geschoben, das zwar teuer ist, aber die eigenen Probleme nicht löst. Lehrbuchmäßig liest sich das dann so: „Forschungen zum Sündenbockmechanismus zeigen, dass der Mensch, wenn er frustriert oder unglücklich ist, dazu neigt, seine Aggressionen gegen Gruppen zu richten, die unbeliebt, leicht identifizierbar und relativ machtlos sind“⁷³. Auf tragfähige Lösungen kommt es nicht mehr an. Im Gegenteil. Wie das ZEW zeigt, nützen die AfD-Forderungen gerade Menschen mit sehr kleinen Einkommen nichts. Sie schaden ihnen vielmehr. Die Ausgaben für Flüchtlinge und Integration sind zwar beträchtlich, aber reichen bei Weitem nicht aus, um das Versprochene zu finanzieren.

Europäische Union

→ Die AfD ignoriert das einhellige Urteil der Wirtschaftswissenschaften, Unternehmensverbände und Gewerkschaften in Deutschland über die dauerhaften Vorteile der Gemeinschaftswährung gerade für die überdurchschnittlich exportorientierte deutsche Volkswirtschaft.

→ Offensichtlich ist der tief verwurzelte Gründungsmythos der AfD, dass durch die Auflösung der EU bzw. Deutschlands Austritt aus der EU und aus dem Euro sowie nationale Alleingänge Wirtschaft, Realeinkommen und Wohlstand gesteigert werden könnten.

Zitat AfD >>

„Ein Euro-Ausstieg wäre förderlich für unsere Wirtschaft und Steuerzahler.“

(ZfD, S. 64)

Zitat AfD >>

„Wir sind dagegen, die EU in einen zentralistischen Bundesstaat [sic!] umzuwandeln. Stattdessen treten wir dafür ein, die EU zurückzuführen zu einer Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten in ihrem ursprünglichen Sinne.“

(PfD, S. 16)

Fakt ist >>

Das nach dem Zweiten Weltkrieg über Generationen aufgebaute Friedenswerk der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Atomgemeinschaft, später: der Europäischen Gemeinschaft, heute: der Europäischen Union mit 27 Mitgliedsstaaten, wird von der AfD grundsätzlich abgelehnt. Die EU soll aufgelöst bzw. Deutschland soll austreten, der Euro abgeschafft werden.

Die AfD ignoriert damit das einhellige Urteil der Wirtschaftswissenschaften, Unternehmensverbände und Gewerkschaften in Deutschland über die dauerhaften Vorteile der Gemeinschaftswährung gerade für die überdurchschnittlich exportorientierte deutsche Volkswirtschaft. Offensichtlich ist der tief verwurzelte Gründungsmythos der AfD, dass durch die Auflösung der EU bzw. Deutschlands Austritt aus der EU und aus dem Euro sowie nationale Alleingänge Wirtschaft, Realeinkommen und Wohlstand gesteigert werden könnten.

Diesbezüglich kann ein Blick auf die Folgen des Brexits im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (UK) als warnendes Beispiel dienen. Die damalige Regierung hatte mit ähnlichen Argumenten – wie die AfD in Deutschland – für den EU-Austritt geworben. Der Brexit sollte die Unabhängigkeit frei von EU-Regularien bringen und die Wirtschaft wachsen lassen. Die Realität zeigt jedoch ein ganz anderes Bild⁷⁴: Der Brexit hat zu signifikant höheren Kosten für Verwaltung, Logistik, Zölle, Finanzierung und IT-Anpassungen bei gleichzeitig gesunkenen Umsatzerlösen geführt. Das Gesundheitswesen, das Transportgewerbe, die Gastronomie und die Landwirtschaft zählen ebenfalls zu den Verlierern. Haushalte sind ärmer geworden, die Investitionen stagnieren und die Handelsbarrieren zum größten Absatzmarkt, der EU, haben den Warenverkehr um geschätzte 10 bis 15 Prozent

Zitat AfD >>

„Sollten sich unsere grundlegenden Reformansätze im bestehenden System der EU nicht verwirklichen lassen, streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische Auflösung der Europäischen Union und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.“

(Pfd, S. 16)

Zitat AfD >>

„Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit 20 [sic!] sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren.“

(ZfD, S. 61)

einbrechen lassen. Seit 2017, dem ersten Jahr nach dem Brexit-Referendum, sinkt die Bedeutung des UK als Handelspartner für Deutschland kontinuierlich. Damals lag es noch auf Platz fünf der wichtigsten Außenhandelspartner, 2022 ist das UK nicht mehr in den Top Ten der deutschen Handelspartner vertreten. Der Wert des Pfunds ist seit dem EU-Referendum im Juni 2016 um etwa 10 Prozent gefallen. Das hat Importe teurer gemacht und die Inflation befeuert. Die Inflation ist mit rund elf Prozent so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr.

Deutschland ist seit dem Mittelalter Drehscheibe unseres Kontinents. Historisch, wirtschaftlich, kulturell und sozial sind wir untrennbar mit unseren Nachbarn verbunden. Europa bedeutet für uns nicht die Auflösung nationaler Identitäten, sondern deren friedliche Entfaltung in einer Gemeinschaft von gleichgesinnten Nationen, die zusammen Stärken stärkt und gemeinsame Schwächen mildert. Wir verstehen die Europäische Union als starke supranationale Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten und wollen mehr Europa dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft. Dazu gehören vor allem die großen Fragen des Binnenmarktes, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, eine stabile Währungsunion, Forschung und

Zitat AfD >>

„Eine neue Deutsche Mark könnte ihre höhere Kaufkraft gegenüber anderen Ländern wiedergewinnen. Die damit verbundene Senkung der Importpreise würde zu steigenden Real-einkommen und damit zu einer ‚Sozialdividende‘ führen, die dem gesamten deutschen Volk zugutekäme und nicht nur, wie derzeit, einigen Exportfirmen.“

(EP, S. 19)

Innovation, Umwelt- und Klimaschutz, Energie, eine ambitionierte Außenhandelspolitik, Migration, Digitalisierung, Freiheit und Sicherheit sowie Verteidigung. Wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen. Wir sind offen für eine sinnvolle Übertragung von weiteren Hoheitsrechten auf die Europäische Union. Zugleich erwarten wir einen Schutz des Identitätskerns unserer deutschen Verfassung und wollen sicherstellen, dass die vertragliche Kompetenzverteilung stetig überprüft und die Einhaltung wirksam kontrolliert wird. Der Weg der AfD, mit ihrer Lust an Rückzug, Zerstörung und Abschottung, mit ihrer Bewunderung für autokratische Regime und dem Umgarnen unserer Feinde, führt ohne Umwege in die Unterwerfung, die Unfreiheit und letztlich den Untergang unseres Landes. Stark und selbstbestimmt gegenüber wirtschaftlichen Konkurrenten, Diktaturen und Autokratien bestehen zu können, gelingt uns nur europäisch. Mit 450 Millionen Menschen, mit der zweitgrößten Wirtschaftsleistung der Welt, mit grenzüberschreitender Infrastruktur, europäischer Solidarität und gemeinsamer Rüstung, mit freiem Warenverkehr und einer starken Währung, sind wir sicherer als allein. Deshalb treten wir für ein starkes Europa ein, dass es ohne Deutschland nicht geben kann – wir bedingen uns gegenseitig.

Zitat AfD >>

„Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.“

(Pfd, S. 18)

Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

→ Die AfD gefährdet mit ihrem einseitigen nationalistischen Denken die außen-, friedens- und sicherheitspolitischen Ziele und Interessen Deutschlands.

Fakt ist >>

Das außenpolitische Verständnis der AfD ist national geprägt. Sie sieht das nationale Interesse im Vordergrund, wobei es sich dabei nur um eine Leerformel handelt, da nirgendwo definiert ist, was die „nationalen Interessen“ sind. Außerdem werden diese nationalen Interessen mit dem Wohl des deutschen Volkes gleichgesetzt, wobei übersehen wird, dass das Verfolgen rein nationaler Ziele in die Isolation führen kann, wenn nicht gar muss, was dem Wohl des deutschen Volkes entgegenläuft.

Die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, das sog. Interventionsverbot, ist aus dem Völkergewohnheitsrecht entstanden. Es bedeutet, dass die Anwendung von Gewalt zur Veränderung der innerstaatlichen Verhältnisse durch andere Staaten verboten ist, nicht nur auf militärischem Wege, sondern z.B. auch durch Unterstützung von Terrororganisationen, auf finanziellem Wege oder durch Waffenlieferungen. Die Anmahnung der Einhaltung von Menschenrechten fällt indes keinesfalls unter ein solches Interventionsverbot, wenngleich z.B. China sich mit Hinweis auf eine angebliche Einmischung in innere Angelegenheiten gegen Kritik an seiner Menschenrechtspolitik wehrt. Diese Forderung der AfD in ihrem Grundsatzprogramm nimmt die Interessenlage autoritärer oder autokratisch regierter Länder auf und widerspricht damit einer menschenrechtsorientierten Politik und den deutschen Interessen. Sie ist daher völkerrechtswidrig und zeigt vielmehr die Neigung der AfD, russische und chinesische Interessen zu fördern.

Zitat AfD >>

„Wir treten dafür ein, sich in innere Angelegenheiten anderer Staaten nicht einzumischen.“

(Pfd, S. 30)

Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Die gesamte strategische Ausrichtung ist auf den Verteidigungsfall ausgerichtet. Artikel 5 des Nordatlantikvertrages besagt, dass der Bündnisfall (nur) dann eintritt, wenn ein Bündnispartner von einem Drittstaat angegriffen wird. Diese Vereinbarung ist krisenfest, wie die Ablehnung der restlichen NATO-Staaten auf das Begehren des US-Präsidenten, sich am Iran-Krieg zu beteiligen, zeigt. Diese reine Verteidigungshaltung als wesentliches Merkmal wird von der AfD in Frage gestellt, indem beispielsweise der Co-Vorsitzende Tino Chrupalla fordert, die NATO müsse die Interessen Russlands respektieren und akzeptieren. Das bedeutet, dass Putins Doktrin, „wo Russen leben, ist russisches Einflussgebiet“, von der NATO zu akzeptieren und respektieren wäre. Diese Doktrin setzt jedoch etliche Nachbarstaaten dem Zugriffsbestreben Putins aus. Als Beispiel seien hier die baltischen Staaten genannt, die hohe Anteile an russischsprachiger Bevölkerung haben. Folgt man der AfD – Forderung, müsste die NATO diese Länder Putin überlassen. Folgt man weiter der AfD – Forderung, wäre der Überfall Russlands auf die Krim 2014 und der Krieg in den östlichen Gebieten der Ukraine als gerechtfertigt anzusehen. Da es in der gesamten Ukraine russischsprachige Minderheiten gibt, wäre danach der gesamte Ukrainekrieg, den Putin vom

Zitat AfD >>

„Die AfD tritt deshalb dafür ein, zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eine langfristige ressortübergreifende Gesamtstrategie zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei müssen die nationalen Interessen und das Wohl des deutschen Volkes im Mittelpunkt stehen.“

(Pfd, S. 29)

Zitat AfD >>

„Eine Verteidigungsgemeinschaft muss die Interessen aller europäischen Länder akzeptieren und respektieren, also auch die Interessen von Russland. Wenn die Nato das nicht sicherstellen kann, muss sich Deutschland überlegen, inwieweit dieses Bündnis für uns noch nutzbringend ist“.

(Tino Chrupalla, Die Zeit 15.12.2024
www.google.com/preferences/source?q=zeit.de)

Zaun gebrochen hat, gerechtfertigt. In diese Richtung ist die Aussage von Tino Chrupalla zu verstehen, Europa spiele im Ukrainekrieg eine mehr als nebulöse Rolle, eine Formulierung, die deutlich macht, auf welcher Seite der Co-Vorsitzende steht und nicht nur er.

In diesen Zusammenhang passt auch der wiederholte Gebrauch von Putins Lüge bezüglich einer Osterweiterung der NATO. Eine mündliche Zusage im Zusammenhang der deutschen Wiedervereinigung, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, hat es nicht gegeben. Der 2+4-Vertrag im Zuge der deutschen Wiedervereinigung enthält keinerlei Beschränkung für Nato-Beitritte von Einzelstaaten. Der Umstand, dass ehemalige Staaten des Warschauer Paktes oder Teilrepubliken der UdSSR inzwischen Mitgliedstaaten der NATO sind, ist auf deren souveräne Entscheidung zurückzuführen, entsprechend ihren Sicherheitsinteressen dem Bündnis beizutreten.

Zitat AfD >>

„... gerade in der jetzigen Situation, wo der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert, wo Europa eine mehr als nebulöse Rolle spielt“.

(Tino Chrupalla, Interview bei Welt-TV am 20.05.2026
www.welt.de/politik/deutschland/article6a0d580c46b3b052cd75b9e7/afd-chef-chrupalla-ich-halte-eine-einmischung-von-anderen-parteien-in-unserem-land-fuer-hoechst-problematisch)

Zitat AfD >>

„Das Verhältnis zu Russland ist für Deutschland, Europa und die Nato von maßgeblicher Bedeutung, denn Sicherheit in und für Europa kann ohne Russlands Einbindung nicht gelingen. Wir setzen uns daher dafür ein, Konflikte in Europa friedlich zu regeln und dabei die jeweiligen Interessen zu berücksichtigen“.

(Pfd, S. 31)

Zitat AfD >>

„Es ist eine lange Geschichte um die Ukraine, und das hat sehr viel damit zu tun, dass die Nato-Osterweiterung stattgefunden hat. Und das war entgegen der mündlichen Zusagen zur Wiedervereinigung“.

(Alice Weidel im Rededuell mit Sarah Wagenknecht bei Welt-TV am 11.10.2024, www.youtube.com/watch?v=RDhTPJySUvU)

Verantwortung für die Schöpfung: Nachhaltige Nutzung und Bewahrung

- Die AfD fordert in der Agrarpolitik faire Erzeugerpreise, weniger Bürokratie oder stärkere Direktvermarktung. Bei detaillierter Betrachtung zeigen sich jedoch erhebliche Widersprüche.
- Wenn es konkret wird, kollidieren ihre Versprechen mit Haushaltsrecht, Europapolitik oder dem geforderten Bürokratieabbau.
- Für die Landwirtschaft ist das kein verlässlicher Kurs, sondern ein Risiko: viel Pathos für „Bauern“ und „Heimat“, aber wenig tragfähige Politik für Betriebe, Verbraucher und die Schöpfung. Der AfD geht es offensichtlich nicht um einen verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung.

Zitat AfD >>

„Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. (...) Anzustreben ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten. (...) Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrar-genossenschaften in Deutschland sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Darüber hinaus schützen sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die deutschen Kulturlandschaften.“

(PfD, S. 88 und ZfD, S. 72–74)

Fakt ist >>

Die AfD strebt ein gutes Auskommen für landwirtschaftliche Betriebe an. Viele ihrer agrarpolitischen Schlagworte klingen anschlussfähig: Faire Erzeugerpreise, weniger Bürokratie oder stärkere Direktvermarktung. Sobald man sich die AfD – Gesamtprogrammatik insgesamt anschaut, ergeben sich erhebliche Widersprüche. Das soll im Folgenden kurz exemplarisch verdeutlicht werden.

Die AfD lehnt die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU vehement ab⁷⁵. Diese ist jedoch für viele Höfe absolut kein Randthema: Deutschland stehen in der Förderperiode 2023 bis 2027 rund 35 Milliarden Euro an EU-Agrarmitteln zur Verfügung⁷⁶. Nach Auswertungen des Thünen-Instituts machten Direktzahlungen in den Wirtschaftsjahren 2021/22 bis 2023/24 im Mittel rund ein Viertel des landwirtschaftlichen Einkommens aus.⁷⁷ Das Bundesinformationszentrum Landwirtschaft beziffert den Anteil aller Fördergelder am Einkommen 2023/24 auf rund ein Drittel.⁷⁸

Damit hat sich die AfD in ein agrarpolitisches Dilemma manövriert. Entweder sie setzt ihre EU- und Subventionskritik durch. Dann geraten gerade jene familiengeführten und regional verwurzelten Betriebe unter Druck, die sie rhetorisch schützen will. Oder sie hält an EU-Mitteln und Agrarförderung fest. Dann ist nicht mehr erkennbar, worin ihre angekündigte „Alternative“ zur bisherigen Agrarpolitik bestehen soll.

Zitat AfD >>

„Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage wollen wir die Bauern innerhalb der bestehenden agrarpolitischen Förderinstrumente entlasten und ihnen mehr Planungssicherheit geben – etwa dadurch, dass wir auf zusätzliche, strengere nationale Auslegungen von EU-Vorgaben verzichten. Es hat sich gezeigt, dass die gemeinsame Agrarpolitik der EU nicht zur Lösung beiträgt, sondern zunehmend selbst zum Problem wird. Deshalb setzen wir uns langfristig für eine Renationalisierung der Agrarpolitik ein. Wir wollen den Irrweg der GAP beenden und die Verantwortung für die Agrarpolitik wieder vollständig in deutsche Zuständigkeit überführen. So können Bürokratie wirksamer abgebaut, Fördermittel gezielter eingesetzt und die heimische Landwirtschaft insgesamt besser unterstützt werden“.

*(RP-ST, Abschnitt XI. Landwirtschaft und Heimatpflege
www.afd-regierungsprogramm.de)*

Die AfD fordert die Einhaltung der Schuldenbremse und will staatliche Subventionen grundsätzlich reduzieren und befristen. Höhere Agrarausgaben, weniger EU, weniger Subventionen und keine Neuverschuldung passen nicht zusammen.⁷⁹

Die AfD bekämpft Bürokratie, verlangt aber zugleich zusätzliche Kennzeichnungs-, Herkunfts- und Informationspflichten bei Lebensmitteln und will die landwirtschaftliche Direktvermarktung ausbauen. Transparenz für Verbraucher ist sicher sinnvoll. Ehrlich wäre aber zu sagen, dass auch eine solche Transparenz Regeln, Kontrollen und Dokumentationspflichten braucht – also genau jene staatliche Ordnung, die die AfD an anderer Stelle pauschal als Gängelung beschreibt.⁸⁰

Dieses Muster zieht sich durch das agrarpolitische Programm: Wo die AfD Unstrittiges fordert, bleibt sie vage. Wo sie konkret wird, kollidieren ihre Versprechen mit Haushaltsrecht, Europapolitik oder dem geforderten Bürokratieabbau. Für die Landwirtschaft wäre das kein verlässlicher Kurs, sondern ein Risiko: Viel Pathos für „Bauern“ und „Heimat“, aber zu wenig tragfähige Politik für Betriebe, Verbraucher und die Schöpfung. Der AfD scheint es insgesamt nicht um einen

Zitat AfD >>

„Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen... Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) lehnen wir aus diesem Grund auch ab. Die völlig aus dem Ruder gelaufene Bürokratie und Überregulierung fahren wir Schritt für Schritt zurück, um die bäuerlichen Betriebe umfangreich zu entlasten... Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen“.

(PfD, S. 88 und ZfD, S. 72–74)

verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung zu gehen. Der Begriff der „Schöpfung“ spielt im sowohl im Bundestags-Wahlprogramm 2025 und im Grundsatzprogramm 2026 keine tragende Rolle. Stattdessen instrumentalisiert sie Natur und Landschaft als Projektionsfläche für einen verengten Heimat- und Nationalbegriff.

Fußnoten

- 1 Wohin führen die Alternativen der AfD? – Ein Faktencheck des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Berlin 2016, S. 10ff. (https://www.eak-cdcsu.de/sites/www.eak-cdu.de/files/eak-faktencheck_zur_afd_2016_3.pdf)
- 2 Ebd. S. Viola Neu, Das vergessene Programm – Das Grundsatzzprogramm der AfD im Lichte der Extremismustheorie, Monitor Wahl- und Sozialforschung der KAS, Berlin im August 2025, S. 1.
- 3 Pfd, S. 6
- 4 Pfd, S. 47. Der Missbrauch des Begriffes „Leitkultur“ in Bezug auf seinen eigentlichen Sinngehalt durch die AfD zeigt sich schon in Form seiner Engführung auf eine exklusive und rein „deutsche“ Leitkultur hin. Dem ursprünglichen Sinn des Begriffes „Leitkultur“ wohnt aber nicht irgendeine völkisch-nationale Be- oder Abgrenzung inne, sondern die inklusive und Brücken bauende Kraft der Integration, auf der Basis gemeinsam geteilter (universaler) Grundwerte und Rechte. Dazu auch sehr lesenswert die EAK-Broschüre „LEIT-KULTUR – Was ist damit eigentlich gemeint? Was wir als CDU/CSU darunter verstehen“, Berlin 2025, abrufbar unter: https://www.eak-cdcsu.de/sites/www.eak-cdu.de/files/downloads/cdu-leitkultur_interaktiv.pdf
- 5 Vgl. hierzu auch Abschnitt „Religionsfreiheit und Religionspolitik“ in dieser Broschüre, ab S. 22 ff.
- 6 Pfd, S. 48.
- 7 Vgl. hierzu auch die Betrachtungen der AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber in ihrem Buch „Inside AfD – Der Bericht einer Aussteigerin, München 2018, S. 154ff.: „Unübersehbar ist, dass es in der AfD Antisemitismus gab und gibt. Der ganze Flügel [vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft und formal mittlerweile aufgelöst, Anm. d. Red.] ist strukturell antisemitisch. (...) In keiner Partei wird Antisemitismus so offensiv gelebt wie in der AfD.“
- 8 Markus Dröge – Die Wahrheit sagen, in: Wolfgang Thielmann – Alternative für Christen? Neukirchen-Vluyn 2017, S. 132. Ebenso treffend formuliert Dröge an anderer Stelle seines Beitrages: „Der Rechtspopulismus macht Menschen zu Wutbürgern. Das Evangelium macht Menschen zu Mutbürgern. Eine Bewegung, die Angst verstärkt und zur Wut aufstachelt, haben wir Christen das befreiende Evangelium Jesu Christi entgegenzusetzen.“ (Ebd., S. 142)
- 9 Die ChrAfD wurde 2015 – noch in der Zeit von Bernd Lucke – gegründet und ist lediglich ein eingetragener Verein (e.V.) von AfD-Parteimitgliedern, er besitzt also nicht den satzungsrechtlichen Status einer offiziell anerkannten parteiinternen AfD-Vereinigung bzw. Gliederung der Partei. Nach Angaben in dem evangelischen Sprecher der ChrAfD 2025 herausgegebenen Buch zum 10-jährigen Jubiläum der ChrAfD verzeichnet diese Vereinigung wohl gerade einmal „über 500 Mitglieder“ (Joachim Kuhs, Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum – Christen in der AfD, Gerhard Hess Verlag, Uhlingsen 2025, S. 44). Bei derzeit ca. 73 000 Mitgliedern in der AfD ist dies eine Größenordnung, die sich wohl bereits selbst richtet. (Zur Mitgliederzahl s. Die ZEIT vom 7. März 2026, Parteimitglieder: Linke verdoppelt Zahl der Mitglieder innerhalb eines Jahres | DIE ZEIT)
- 10 „Christen in der AfD“-Vorsitzende tritt aus Partei aus – katholisch.de
- 11 Ebd. – Vgl. dazu auch, was Anette Schultner dazu in ihrem Buch „Konservativ“ schreibt: „Im Jahr 2017 konnte kein Zweifel mehr daran bestehen, dass in weiten Teilen der AfD der Höcke-Flügel zwar nicht die absolute Mehrheit hatte (...), aber inzwischen so stark war, dass er fast immer verhindern konnte, wen oder was er verhindern wollte.“ (Anette Schultner, Konservativ. Warum das gut ist, SCM-Verlagsgruppe, Holzgerlingen 2018, S. 180)
- 12 Vgl. dazu auch das Selbstverständnis der ChrAfD-Mitglieder bei Joachim Kuhs, a.a.O., S. 155ff., wie es sich in der beim Vereinsbeitritt verpflichtenden „Grundsatzserklärung“ vom 10.10.2015 artikuliert, in der es vor allem um das politische Bekenntnis zu gemeinsamen rechtskonservativen Moralverständnissen und Ethikpositionen bei den einschlägigen Themen wie z.B. Abtreibung (Lebensschutz), Eheverständnis oder Islamkritik geht: „Die Bundesvereinigung, Christen in der Alternative für Deutschland – ChrAfD“ (...) hat das Ziel, eine christlich-konservative Politik entsprechend der biblischen Ethik in unsere Gesellschaft und Politik hineinzutragen, insbesondere in den Bereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Familienpolitik und Lebensschutz. Sie bildet einen Gegenpol zu den derzeit herrschenden Kräften der gesellschaftlichen Beliebigkeit.“ Dazu auch an anderer Stelle: „Die Grundsatzserklärung ist bis heute von jedem Mitglied mit persönlicher Unterschrift zu bestätigen. Man sieht also, dass der wesentliche Zweck der Grundsatzserklärung darin bestand, allzu ‚liberale‘ Kirchenmitglieder von einem Beitritt abzuhalten und gleichzeitig die praktizierenden Christen [sic!] zu einem Eintritt zu ermuntern.“ (S. 42)
- 13 Markus Dröge – Die Wahrheit sagen, in: Wolfgang Thielmann – Alternative für Christen? Neukirchen-Vluyn 2017, S. 147/8.
- 14 In der Erklärung der deutschen Bischöfe vom 22.04.2024 heißt es: „Der Rechtsextremismus behauptet die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem ‚Wesen‘ und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können. Man spricht von ‚natürlichen‘ und ‚künstlichen‘ Nationen. Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kulturelle Prägung wird von diesem Denken deshalb prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Das Volk wird als ‚Ethnos‘ gedacht, als Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen. Nach den Gräueln des Nationalsozialismus versteht unser Grundgesetz das Volk hingegen aus gutem Grund als ‚Demos‘, d.h. als Gemeinschaft der Gleichberechtigten, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten. Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder gelehnt oder relativiert und somit zu einem für das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt.“ (S. 6f.)
- 15 AfD hängt rassistische Plakate vor Bergen-Belsen Gedenkstätte – Aufstehen gegen Rassismus! Abrufbar unter: <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktuelles/afd-haengt-rassistische-plakate-vor-bergen-belsen-gedenkstaette/>
- 16 RP-ST, Abschnitt IV. Schulbildung, Punkt 4.
- 17 Pfd, S. 54
- 18 RP-ST, Abschnitt IV. Schulbildung, Punkt 4.
- 19 So wird in dieser Kleinen Anfrage der AfD u.a. gefragt: „4. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Behinderten seit 2012 entwickelt, insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)? 5. Wie viele Fälle aus Frage 4 haben einen Migrationshintergrund? (...) 6. Wie viele der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Schwerstbehinderten (bitte alle Arten von Behinderungen zusammenfassen) besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft (bitte nach Jahren seit 2012 aufschlüsseln)?“ („Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD/Drucksache 19/1444“/Drucksache 19/1623 vom 10.04.2018, S. 13). Vgl. hierzu auch die Presseerklärung des EAK-Bundesvorsitzenden, Thomas Rachel MdB, vom 19.04.2018, wo er klarstellt: „Die unmittelbare Verknüpfung von Behinderung mit Inzucht sowie nationaler Herkunft und Migrationshintergrund offenbart ein abgründiges und unchristliches Menschenbild der AfD. (...) Mit großer Sorge kritisieren wir die erfolgte Stigmatisierung von Menschen mit Einschränkungen durch die AfD. Diese Partei offenbart hier eine nationalistisch-völkische Ideologie.“ (https://www.eak-cdcsu.de/sites/www.eak-cdu.de/files/pm_evangeliums-botschaft_gegen_menschenverachtende_afd-ideologie_der_blutgemeinschaft_verteidigen.pdf)
- 20 So Emil Sätze über Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Januar 2026. S. Die Welt vom 26.01.2026, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article696fac8ab389d63113e6a5be/beleidigung-soeder-ist-ja-nicht-nur-koerperlich-behindert-auch-geistig-sagt-der-afd-politiker.html>
- 21 Vgl. dazu auch die jüngste Publikation der CDU Deutschlands: „Abstieg für Deutschland. Keine Alternative. – Demokratieschädlich. Antisemitisch. Völkisch.“, Berlin 2026. Abrufbar unter: https://www.cdu.de/app/uploads/2026/05/AfD_Abstieg-fuer-Deutschland_Broschue.pdf
- 22 S. „Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt“, 2026, (RP-ST), online unter AfD Regierungsprogramm für Sachsen-Anhalt, zuletzt abgerufen am 24. Juni 2026, wo es in Abschnitt III. Kultur und Integration, Punkt 18 des Beschlusstextes heißt: „Jedes Jahr zahlt das Land Sachsen-Anhalt den großen Kirchensteuerkirchen über 40 Millionen Euro Steuergeld als sogenannte ‚Staatsleistungen‘. Diese Zahlungen sind letztlich eine Entschädigung für Kirchengüter, die 1803 enteignet wurden. Schon die 1919 in Kraft getretene Weimarer Reichsverfassung forderte, diese Staatsleistungen abzulösen, ohne dass dem nachgekommen worden wäre. Der ursprüngliche Grund – ein Rechtsakt des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation – ist nach realistischer Betrachtung längst erloschen. Die Geschäftsgrundlage ist mehrfach weggefallen. De facto haben sich die Staatsleistungen von einer Enteignungsentschädigung zu einer allgemeinen Kirchenförderung entwickelt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Staatsleistungen im Rahmen einer grundlegenden Reform auch tatsächlich in diesem Sinne zu gestalten. Bei gleichbleibendem Gesamtvolumen sollen die Staatsleistungen allen christlichen Kirchen proportional zu ihrer Mitgliederzahl zugutekommen. Ihre Verwendung soll auf Kosten für geistliches Personal und den Erhalt der Gebäude beschränkt bleiben. Kirchen, die Staatsleistungen in Anspruch nehmen wollen, haben über die Verwendung der Mittel Rechenschaft abzulegen und ihren Gesamthaushalt offen zu legen.“ Vgl. dazu aber auch den ursprünglichen Antragstext von Udo Nistrupke, KV Halle-Saale zu Zl. 1619-1640 im „Antragsbuch zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. Und 12. April 2026 in Magdeburg“, S. 44, wo ausgeführt wird: „So kann es nicht weitergehen! Die AfD vertritt die von namhaften Juristen unterstützte Ansicht, dass die Staatsleistungen ohne weitere Kompensation eingestellt werden können. Und anders als die Altparteien haben wir dazu auch den politischen Willen! Wir werden alles dafür tun, den Kirchen nicht mehr mit absurder Begründung Jahr für Jahr über 40 Millionen Euro in den Rachen zu werfen. Dies ist auch allein deshalb geboten, weil die großen Kirchen nicht mehr den christlichen Glauben [sic!] pflegen, sondern die Regenbogenideologie.“ Diese Äußerung belegt klar, welch ein aggressiver und kirchenfeindlicher Geist gegenüber den beiden großen Volkskirchen in der AfD nicht nur in den Führungsebenen, sondern auch in der breiten Mitgliedschaft herrscht. Ein Ungeist, den man ansonsten hinter den etwas geschliffeneren und bewusst diplomatisch abgefassten Formulierungen des finalen Beschlusstextes im RP-ST nicht ohne weiteres errahen würde.
- 23 Kirchliche Stellungnahmen zu Rechtsextremismus und AfD. epd-Dokumentation, Frankfurt, 30.04.2024, S. 5f.
- 24 Ebda., S. 7f.
- 25 S. VEF-Erklärung „Gottes Liebe gilt jedem Menschen“, abrufbar unter: <https://www.vef.de/media/pages/erklarungen/284a254c23-1718869747/gottes-liebe-gilt-alle-menschen-vef-vorstand-juni24.pdf>
- 26 Vgl. hierzu auch die oben (S. 10) bereits erwähnte Erklärung der deutschen Bischöfe „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ vom 22.02.2024.
- 27 Peter Jörgensen, Sind Freikirchen für AfD-Positionen empfänglicher? in: Wolfgang Thielmann – Alternative für Christen? Neukirchen-Vluyn 2017, S. 74.
- 28 JfD, S.107.
- 29 Deutscher Bundestag, 189. Sitzung vom 05.11.2020, TOP 14: Rede von Volker Münz, online unter: www.bundestag.de/mediathek/video?videoId=7481487 (zuletzt: 25. Mai 2026).
- 29 Bereits in diesem nur von den eigenen polit-ideologischen Interessen gesteuerten und zurechtgestutzten „Schlagwort-Christentum“ der AfD, das in kulturkämpferischer Manier die Kirchen belehrt und abkanzelt, steckt schon der gesamte pseudochristliche Selbstwiderspruch dieser Anmaßung. Schon gegen die Nationalsozialisten und die Häresie der Deutschen Christen schrieb damals Helmut Thielicke sehr treffend mit Bezug auf das berühmte Goethe-Zitat aus dem „Faust“ („Die Kirche hat einen guten Magen, hat ganze Länder aufgefressen und doch noch nie sich übergessen.“): „Der Sammelbegriff ‚Christentum‘ [ist] gegenüber diesem Stichwort ‚Kirche‘ ein Moloch mit einem noch ungleich größeren Magen. In ihm ist schlechterdings alles vereinigt.“ Denn wir merken, so Thielicke weiter, „daß wir uns mit dem Schlagwort ‚Christentum‘ auf eine gefährliche Ebene begeben haben: nämlich auf die Ebene des Menschen, vielleicht sogar des Allzu-Menslichen“. Denn das Christentum ist der Inbegriff dessen, was die Menschen aus dem Evangelium gemacht haben, wie sie es umgeschmolzen, retouchiert und entstellt haben.“ Von daher bezeichnet Thielicke das „sogenannte Christentum“ auch theologisch folgerichtig als die „Summe der Mißverständnisse, die sich um Jesus Christus gebildet haben.“ (Ders., Der Glaube der Christenheit, Göttingen 1958, S. 13f.)

- 30 Niedersächsischer Landtag, 19. Wahlperiode, 63. Plenarsitzung, 27. März 2025, Tagesordnungspunkt 26: Erste Beratung: Resolution des Niedersächsischen Landtages zum Evangelischen Kirchentag 2025 und zur besonderen Bedeutung der Kirchen und des interreligiösen Dialoges in Niedersachsen. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, online unter: www.landtag-niedersachsen.de/parlamentsdokumente/steno/19_wp/ender063.pdf (zuletzt: 25. Mai 2026), 5182.
- 31 RP-ST, Abschnitt III., Punkt 18+20.
- 32 RP-ST, Abschnitt III., Punkt 20.
- 33 RP-ST, Abschnitt III., Punkt 19.
- 34 Hans-Michael Heinig/Matthias Kamann, „Maximale Feinderklärung“. Was eine AfD-Regierung anrichten könnte – und wo Verfassung und Kirchenrecht Grenzen setzen, 16.03.2026, online unter: <https://zeitzeichen.net/node/12378> (zuletzt: 25. Mai 2026).
- 35 Antragsbuch zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. und 12. April 2026 in Magdeburg, online unter: https://afd-isa.de/wp-content/uploads/2026/04/Antragsbuch_04.04.2026.pdf (zuletzt: 31. Mai 2026), S. 46.
- 36 Vgl. Raoul Löbber/Martin Machowecz, Gehört die AfD auf den Katholikentag? Ein digitales Streitgespräch zwischen Alexander Gauland und Thomas Sternberg, erschienen in Christ & Welt, 25. Mai 2016, online unter: www.zeit.de/2016/23/leipzig-afd-katholikentag-streitgesprach?state=ixWs5WJ4YRCRILw5&session_state=35c649dd-a06c-46f7-aad6-5f626dff0d5c&iss=https%3A%2F%2Flogin.zeit.de%2Frealms%2Fzeit-online-public&code=0d7a5174-84d0-4a91-9fd4-7204efd6bb6e.35c649dd-a06c-46f7-aad6-5f626dff0d5c.0b7ad105-8f18-4ecf-9e7d-0c0615835a2a (zuletzt: 31. Mai 2026).
- 37 Antragsbuch zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 11. und 12. April 2026 in Magdeburg, online unter: https://afd-isa.de/wp-content/uploads/2026/04/Antragsbuch_04.04.2026.pdf (zuletzt: 31. Mai 2026), S. 47.
- 38 Ebd.
- 39 S. ZfD S.121.
- 40 Pfd, S. 48
- 41 Ebd.
- 42 Sehr deutlich und beispielhaft wird dieser Grund-Widerspruch auch an einer weiteren Stelle auf S. 124 von ZfD, wenn es in direktem Anschluss an das Unterkapitel „Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen“ dann um das Thema „Grundrechte schützen“ geht und gesagt wird: „Wir sehen die zunehmende Einschränkung von Grundrechten im Namen der Sicherheit kritisch. Vielfach werden Bürgerrechte eingeschränkt.“ Abgesehen von der Bezeichnung „Bürgerrecht“, das an die „Grundrechte und Grundpflichten der Bürger“ in der ehemaligen DDR-Verfassung erinnert, verwendet das Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik Deutschland den Begriff „Bürgerrecht“ nicht, sondern redet aus gutem Grund von „Grundrechten“. Aus einer solchen Sprache kann nur der Schluss gezogen werden, dass für die AfD auch Muslime mit deutscher Staatsbürgerschaft offensichtlich keine Mitbürger im Vollsinn des Wortes darstellen, die mit denselben Grundwerten ausgestattet sind wie ihre übrigen Mitbürger!
- 43 In Pfd S. 50 heißt es an dieser Stelle „... in Anlehnung an das französische Modell“, was signalisiert, dass die AfD religionsverfassungsrechtlich hier wohl nicht auf der Basis des deutschen Grundgesetzes argumentiert, sondern für die radikale Trennung von Religion und Staat, etwa im Sinne der (einseitig negativen Religionsfreiheit) der französischen „laïcité“, votiert. Vgl. dazu auch ZfD S. 125.
- 44 ZfD, S. 123
- 45 Ebd.
- 46 Pfd S. 55
- 47 ZfD, S. 76/77 und vgl. dazu auch Bundesverfassungsgericht, Urteil des Ersten Senats vom 15. Januar 2002 – 1 BvR 1783/99 –, BVerfGE 104, 337; abrufbar unter: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2002/01/rs20020115_1bvr178399.html
- 48 Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 27. Januar 2015 – 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10 –, BVerfGE 138, 296; Pressemitteilung: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-014.html; Volltext: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/01/rs20150127_1bvr047110.html
- 49 Ebd.
- 50 Bundesverfassungsgericht, Urteil des Ersten Senats vom 15. Januar 2002 – 1 BvR 1783/99 –, BVerfGE 104, 337; abrufbar unter: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2002/01/rs20020115_1bvr178399.html
- 51 Pfd, S. 50/ZfD, S. 123
- 52 Verwaltungsgericht Köln, Beschluss vom 26. Februar 2026, Az. 13 L 1109/25; abrufbar unter: https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/vgs_koeln/j2026/13_L_1109_25_Beschluss_20260226.html
- 53 Ebd.
- 54 Tagesspiegel, „AfD-Vize will Islam Grundrecht auf Religionsfreiheit entziehen“, 19. April 2017; abrufbar unter www.tagesspiegel.de/politik/afd-vize-will-islam-grundrecht-auf-religionsfreiheit-entziehen-4516426.html
- 55 DOMRADIO.DE, „AfD-Fraktionschefin hält Islam für unvereinbar mit Grundgesetz“, 12. September 2017; abrufbar unter www.domradio.de/artikel/afd-fraktionschefin-haelt-islam-fuer-unvereinbar-mit-grundgesetz
- 56 AfD, „Stellungnahme von Björn Höcke zu Vorwürfen des Verfassungsschutzes“, 4. März 2020; abrufbar unter www.afd.de/wp-content/uploads/2020/03/20200310-H%C3%B6cke-Bj%C3%B6rn.pdf sowie <https://afdkompakt.de/2020/03/04/stellungnahme-von-bjoern-hoecke-zur-vorwurfe-des-verfassungsschutzes/>
- 57 Ebd.
- 58 Ebd.
- 59 Anträge der AfD-Fraktion zur Christenverfolgung: BT-Drs. 19/1698, 19/25309, 19/25310 und 19/25311; abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/016/1901698.pdf>, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/253/1925309.pdf>, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/253/1925310.pdf> <https://dserver.bundestag.de/btd/19/253/1925311.pdf>
- 60 EKD/Deutsche Bischofskonferenz, „3. Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit“, 2023; abrufbar unter www.ekd.de/3-bericht-zur-religionsfreiheit-weltweit-77843.htm
- 61 S. Deutscher Bundestag, Plenardebatte vom 27. Januar 2023 zu BT-Drs. 20/5368; Rede Thomas Rachel MdB und Beratungsverlauf; abrufbar unter www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw04-de-christenverfolgung-930924
- 62 Deutscher Bundestag, Plenardebatte vom 17. Dezember 2020 zu BT-Drs. 19/25309, 19/25310 und 19/25311; Beitrag Markus Grübel MdB; abrufbar unter www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2020/kw51-de-christenverfolgung-812906
- 63 EKD, Materialien zu Religionsfreiheit und Christenverfolgung / Bittgottesdienst am Sonntag Reminisere; abrufbar unter www.ekd.de/religionsfreiheit-christenverfolgung-53478.htm
- 64 Klaus Dicke, Über die Resilienz der Demokratie, Freiburg 2023, S.16
- 65 Ebd.
- 66 Antrag der Abgeordneten Jörn König ... und der Fraktion der AfD betreffend „Programm für Deutschland – Ein neuer Weg für die Ertragssteuern – Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen“, Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 20/13356 vom 15. Oktober 2024, S. 3
- 67 Pfd, S. 74
- 68 Sozialbudget 2024, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Monitoring, Bürgerservice, Bonn, 2025, S. 5
- 69 infratest dimap: „Bundestagswahl 2025. Wer wählte die AfD – und warum?“, in: tagesschau online, 24. Februar 2025, 02:44 Uhr, aufgerufen am 23. Februar 2026, 23:20 Uhr
- 70 „Wen die Parteien entlasten würden“, Pressemitteilung des Leibnitz-Zentrum für Europä-sche Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW) vom 17. Januar 2025. Grundlage dieser Pressemitteilung ist das Gutachten von Holger Stichnoth und Michael Hebsaker, „Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen“, Mannheim 2025
- 71 Antrag der Abgeordneten Jörn König ... und der Fraktion der AfD betreffend „Programm für Deutschland – Ein neuer Weg für die Ertragssteuern – Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen“, Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 20/13356 vom 15. Oktober 2024, S. 3
- 72 Im „Deutschen Universalwörterbuch. Das große Bedeutungswörterbuch“, herausgegeben von der Dudenredaktion, 10., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 2023, heißt es zum Sündenbock: „der [urspr. = der mit den Sünden des jüdischen Volkes beladene u. in Wüste gejagte Bock (nach 3. Mos. 16, 21f)] (ugs.): jmd. auf den man seine Schuld abwälzt, dem man die Schuld an etw. zuschiebt: einen S. brauchen, gefunden haben, jmdn. zum S. für etwas machen“ (S. 1763).
- 73 Aronson, Elliot; Wilson, Timothy D.; Akert, Robin M. „Sozialpsychologie“, 6. aktualisierte Auflage, München 2008, S. 448
- 74 im Folgenden nach: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Baden-Württemberg, „Der Brexit. Der EU-Austritts Großbritanniens und seine Folgen. Dossier“, online-Publikation, aufgerufen am 21. Juni 2026, 17:48 Uhr
- 75 ZfD, S. 73, 86, 139
- 76 Vgl. DVS / GAP-Netzwerk, Die GAP 2023–2027: www.dvs-gap-netzwerk.de/foerderung/gemeinsame-agrarpolitik-der-eu-2023-2027/die-gap-2023-2027/
- 77 Thünen – Institut; Dossier: Einkommen in der Landwirtschaft, 05.09.2025
- 78 www.landwirtschaft.de/wirtschaft/agrarmaerkte/foerderung/warum-wird-die-landwirtschaft-so-stark-subventioniert
- 79 ZfD, S.54, sowie Pfd, S.88, Abschnitt 13.6
- 80 ZfD, S.73–75

Verzeichnis der Abkürzungen

EP

Europawahlprogramm 2024 – Europa neu denken, Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament, beschlossen auf der Europaversammlung der AfD in Magdeburg, 29. Bis 30. Juli und 4. Bis 6. August 2023 (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf)

PfD

Programm für Deutschland – Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016 (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf)

RP-ST

Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt 2026 (<https://afd-regierungsprogramm.de>)

ZfD

Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2025, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Riesa am 11. und 12. Januar 2025 (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf)

Haben Sie Interesse an der Arbeit des EAK?

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) vereint evangelische Mitglieder der Union, die ihren Glauben in die politische Arbeit einbringen möchten. Gleichzeitig fungiert er als Brücke zwischen Partei, Kirche und Gesellschaft und ermutigt evangelische Christinnen und Christen zu politischem Engagement.

Der EAK wurde 1952 in Siegen gegründet, um die evangelische Stimme innerhalb der Union zu stärken und zu bündeln. Initiatoren waren unter anderem der damalige Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers.



„Evangelische Verantwortung“ –
Das Magazin des EAK (begründet von Hermann Ehlers, seit 1953)

→ **Kostenloses Magazin des EAK erhalten:**
www.eak-cducusu.de



→ **Unsere Facebook-Seite „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“**

für Eindrücke unseres aktuellen Arbeitsgeschehens



→ **Schreiben Sie uns eine E-Mail:**
eak@cdu.de

für Einladungen zu Veranstaltungen, aktuelle Informationen und Pressemitteilungen

→ **Kontaktadresse:**

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU,
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
Telefon: 030 / 22070-432